Einzelpreis 30 Pfg. · 4. Jahrgang

Sonnabend, 28. Mai 1921

Nummer 243 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 16 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Danzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 36 M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.

Fernsprecher: Zentrum 15230—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der zweite Leipziger Prozeß

In der weiteren Vernehmung des Angeklagten im zweiten Kriegsbeschuldigtenprozeß, des früheren Hauptmanns Rechtsanwalt Müller, bleibt der Angeklagte dabei, daß, solange er im Gefangenenlager von Flavy-le-Martell war, **nur ein Gefangener gestorben sei.** Der Vorsitzende weist darauf hin, daß **noch viel schlimmere Dinge** vorgekommen sein sollen. So soll der Angeklagte einmal bei dem Begräbnis eines Gefangenen in das Grab hinabgesprungen sein **und von dem nackten Leichnam die Decke, die ihn einhüllte, fortgenommen haben.** Der Angeklagte bleibt bei seiner Behauptung, daß nur ein Mann in seinem Lager gestorben sei während seiner Anwesenheit und daß dieser unzweifelhaft seine Kleider mit ins Grab bekommen habe. Der Angeklagte gibt zu, daß er öfter geschimpft und auch einmal einen Gefangenen **für kurze Zeit an einen Pfahl gebunden habe.**

Es wird dann die **Beweisaufnahme** angetreten. Als erster Zeuge wird ein Engländer vernommen, der in dem Lager von dem Angeklagten als Dolmetscher verwendet wurde, da er etwas Deutsch sprach. Der Zeuge sagt aus, der Hauptmann sei zu ihm taktvoll gewesen. **Die Verpflegung sei sehr schlecht gewesen,** die deutschen Mannschaften hätten besseres Essen bekommen, er selbst habe oft von der deutschen Kost bekommen.

Das Lager sei vollkommen verlaust gewesen.

Es seien auch viele Gefangene erkrankt. Vom 1. Mai fingen die Leute zu sterben an. Während des Monats Mai seien etwa 50 Todesfälle vorgekommen. **Durchschnittlich seien am Tage zwei Gefangene gestorben.** In der Zeit vom 1. bis 7. Mai seien seiner Meinung nach mehrere Todesfälle vorgekommen. Zuerst seien die Gefangenen mit ihrer Kleidung, dann splitternackt, mit einem Sack bedeckt, begraben worden. Der Angeklagte sei manchmal sehr schroff gewesen. Er habe des öfteren „verfluchte Engländer" geschimpft. Die Kranken habe er wiederholt antreten lassen und gefragt, was ihnen fehle. Sie hätten meist an Ruhr gelitten und seien vollkommen verlaust gewesen. Gefangene, die verbunden waren, hätten die Verbände abmachen müssen, wenn das nicht schnell genug ging, **dann hätte der Angeklagte die Verbände abgerissen.** Es sei auch vorgekommen, daß kranke Leute auf dem Wege zur Arbeit gestorben seien. Das sei auch zu der Zeit passiert, als der Angeklagte Kommandant im Lager war. Der Zeuge erzählt ein paar Fälle, in denen zwei Leute, die schwach und krank waren, und auf dem Erdboden lagen, von dem Vizefeldwebel gestoßen worden seien. Einer von den Leuten ist kurz danach gestorben.

Auf die Frage des Vorsitzenden, weshalb die deutschen Mannschaften eine andere Verpflegung erhielten als die englischen Gefangenen, antwortete der Angeklagte, daß er sich bei der Verpflegung der Gefangenen **genau an die ihm erteilten Instruktionen gehalten habe.**

Der zweite englische Zeuge macht seine Aussage an Hand seiner Tagebuchaufzeichnungen. Er hat mehrere Todesfälle registriert und klagt in seinem Tagebuch über Läuse und Mangel an Waschgelegenheit. **Die Lage sei verzweifelt,** die Leute lägen im Sterben und würden nicht behandelt.

Die deutschen Zeugen entlasten mit ihren Aussagen wesentlich den Angeklagten. Teilweise haben sie das Lager erst nach der Anwesenheit des Angeklagten kennengelernt. Major a. D. **von Bomsdorf,** Charlottenburg, legte als früherer Inspektor der Gefangenenlager dem Gerichtshof einen ihm von dem Angeklagten dienstlich seinerzeit erstatteten Originalbericht vor, in dem der Angeklagte auf die Mißstände in dem Lager verweist und dringend Abhilfe verlangt. Der Zeuge hat das Lager wiederholt besucht, mit den Gefangenen in ihrer Muttersprache gesprochen, ohne jemals Klagen über Mißhandlungen zu hören. Der Zeuge Malermeister **Terlusien** aus Paderborn hat den Sanitätsdienst im Lager versehen und will dem Hauptmann Müller drei Todesfälle gemeldet haben. Ihm widerspricht der Angeklagte, der nichts von einem Todesfall wissen will. Die Verhandlung geht weiter.

Die englische ist Presse unzufrieden

T.U. London, 27. Mai.

Die englische Presse erklärt: Obgleich bei dem Prozeß in Leipzig gerecht verfahren worden ist, ist die Strafe für Heynen zu leicht. Die „Times" sagt: Der erste Prozeß ist **mit einer skandalösen Rechtsverdrehung** beendet. Die Gerechtigkeit und Menschlichkeit verbieten, daß die englische Regierung sich mit einer Verhängung einer so leichten Strafe für ein so großes Verbrechen zufrieden gibt.

Man kann zu dem in Leipzig gefällten Urteil stehen wie man will. Aber man wird doch die Unverfrorenheit zurückweisen müssen, die darin liegt, daß man das Leipziger Verfahren als eine skandalöse Rechtsverdrehung bezeichnet, angesichts der doch ganz offenkundigen Tatsache, daß die Kriegsverbrecher aus dem anderen Lager überhaupt keine Aburteilung gewärtigen. Oder geht man etwa in England wirklich so weit, zu glauben, daß englische Soldaten und Offiziere sich in jedem Falle als Gentlemen benommen haben?

Die Garantiekommission

EE. Paris, 27. Mai.

Die Reparationskommission veröffentlicht folgende Erklärung: [illegible] der heutigen Sitzung wird sich die Reparationskommission mit [illegible] Einsetzung des Garantiekomitees zu beschäftigen [illegible]ben, das am 30. Mai seine Tätigkeit aufnehmen soll, wie die [illegible]eutschland mitgeteilte Note vom 15. Mai vorschreibt. Die Re[illegible]parationskommission wird auch die Konsequenzen zu erörtern [illegible]haben, die sich **aus dem Ausbleiben schlesischer Kohle aus Deutsch[illegible]land aus Anlaß der jüngsten Unruhen aus Oberschlesien ergeben haben.**

Wie der „Temps" hierzu mitteilt, wird in dem Garantiekomitee Amerika, Frankreich, England, Italien und Belgien vertreten sein. Der Sitz ist in Paris, in Berlin wird dagegen **ein Auskunfts- und ein Kontrollbureau** errichtet werden. Das Garantiekomitee wird jene Reichseinnahme zu überwachen haben, die am 1. Juni zur Bezahlung der Zinsenamortisation der deutschen Schuldverschreibung verpfändet werden sollen. Diese sind besonders die Land- und Seezölle, die beim Eintritte nach sowie beim Austritte von Deutschland erhoben werden. Hierzu kommt noch die 26prozentige Ausfuhrabgabe.

Italienisches Dementi

Paris, 27. Mai.

Die italienische Botschaft teilt mit: Die von einigen Zeitungen veröffentlichten Einzelheiten über einen angeblichen Vergleichsvorschlag der italienischen Regierung in der oberschlesischen Frage sind durchaus unrichtig.

Die Engländer verlassen Rosenberg

Oppeln, 27. Mai.

Vorgestern nachmittag sind der englische Kreiskontrolleur von Rosenberg sowie der französische und italienische Beigegebene des Kreiskontrolleurs in Oppeln eingetroffen. Sie haben Rosenberg endgültig verlassen mit der Begründung, daß sie ohne jede Autorität seien, um auch nur den geringsten Schutz für die Aufrechterhaltung der Ordnung in Rosenberg noch auszuüben. Dieses ist der erste Fall, daß die Behörde eines Kreiskontrolleurs gänzlich aufgelöst wird.

Der Werbeunfug

Von zuverlässiger Seite erfahren wir:

Am vergangenen Sonntag berichteten wir davon, daß in Zehlendorf Freiwillige für Oberschlesien in Hundertschaften zusammengestellt worden seien und daß diese Freiwilligen am vergangenen Sonnabend abend die Reise nach Oberschlesien antreten sollten. Es handelte sich damals um die erste, zweite und dritte Hundertschaft eines sogenannten **Notschutzkorps Wentscher.** Diese drei Hundertschaften wurden am vergangenen Sonnabend tatsächlich vom Bahnhof Charlottenburg aus nach Oberschlesien transportiert. Auf dem Bahnhof Charlottenburg waren für diese „Befreier Oberschlesiens" drei Personenwagen reserviert, die einem fahrplanmäßigen Zuge nach Oberschlesien angehängt wurden. Je zehn Leute des Transportes fuhren auf einen Militärfahrschein. Bei ihrer Anwerbung in dem **Werbebureau Schellingstraße 1** war den Leuten eine Löhnung von 50 Mark täglich neben freier Kleidung und Verpflegung versprochen worden. Für Kampftage sollte eine Zulage von täglich 30 Mark zur Auszahlung kommen. Etwa 50 Mann dieser Freiwilligen wollten in Neisse die Reise nicht mehr mitmachen, da sie noch kein Geld erhalten hatten. Nach langem Hin und Her wurden diese renitenten Freischärler nach Berlin zurücktransportiert. 64 Freiwillige, die man als Kommunisten bezeichnete, wurden von Sipomannschaften in das Internierungslager Kottbus überführt. Der Transportführer des Transportes ab Charlottenburg, war ein gewisser Leutnant Tannenläufer, der in Neisse wegen des Mordanschlages auf den Juwelier Gutschke in Nummer Sicher gebracht wurde.

Die zurückgekehrten Freiwilligen verlangten nun dieser Tage auf dem Bureau in der Schellingstraße die Auszahlung der versprochenen Löhnung. Sie haben sie bis heutigen Tages nicht erhalten und werden sie unserer Ueberzeugung nach nie erhalten. Von Interesse dürfte es sein, daß in diesem Bureau in der Schellingstraße 1, das angeblich aufgehoben sein soll, **noch am gestrigen Freitag Freiwillige für Oberschlesien durch einen Oberleutnant Scharf, wohnhaft Halensee, Nestorstr. 7, verpflichtet wurden.** In der Französischen Str. 57 befindet sich ebenfalls ein Werbebureau mit einem gutfunktionierenden Schlepperdienst.

Weiter wird uns mitgeteilt: Immer noch finden Anwerbungen durch die Orgesch für Oberschlesien statt. Der „Verein ehemaliger Soldaten", Potsdam, Kaiser-Wilhelm-Str. 6, wirbt, **angeblich für landwirtschaftliche Arbeiten,** Leute an, die sich verpflichten müssen, **auch an „Kampfhandlungen" teilzunehmen.** Ferner müssen sie unterschriftlich auf jeden Anspruch bei Verwundungen oder Todesfall verzichten. Erst am Mittwoch ist ein Transport von 50 Mann nach Schneidemühl, angeblich nach Gut Pinne abgegangen. Am Sonnabend soll der nächste Transport von weiteren 50 Mann von Potsdam abgehen. Verlangt werden für die „landwirtschaftlichen Arbeiten" besonders Kraftfahrer und Flieger. Fliegerapparate sind in großer Anzahl vorhanden.

Wir machen die Regierung und ihre Organe auf diese Tatsachen aufmerksam. Sie hat die Pflicht, ihren Worten auch die Taten folgen zu lassen und den Werbeunfug mit aller Energie zu unterdrücken.

Französische Militärjustiz im besetzten Gebiet. Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Mainz: Das französische Kriegsgericht hat vier Deutsche wegen angeblicher Spionage zum Nachteil Frankreichs zu sechs Monaten bis drei Jahren Gefängnis verurteilt. Die Verhandlung fand hinter streng verschlossenen Türen statt. Auch der deutsche Verteidiger mußte **den Saal verlassen und sein Amt dem französischen Verteidiger übergeben.**

Das Ende der Brotkarte

Dem Reichstage liegt der Gesetzentwurf über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vor, durch den die sogenannte Zwangsbewirtschaftung des Getreides abgebaut werden soll, nachdem das Fleisch bereits im vorigen Herbst freigegeben worden ist. Ueber die Wirkungen dieses Gesetzentwurfs auf die Brotkarte unterrichtet der nachfolgende Artikel, der uns von sachkundiger Seite zugeht.

Ende 1914 waren sich die herrschenden Gewalten klar, es müsse bei einer längeren Dauer des Krieges der Verbrauch an Brotgetreide und Fleisch herabgesetzt werden, wenn die zur Verfügung stehende Menge möglichst lange ausreichen solle. Sie sahen in der ersten Kriegszeit eine Preissteigerung für Fleisch, Getreide, Mehl usw. sehr gern, weil sie glaubten, so werde sich der Bedarf von selbst „regeln", d. h. die minderbemittelten Bevölkerungsschichten würden bei steigenden Preisen weniger verbrauchen als bei niedrigeren. Dies nannte man damals „Sparpreispolitik", weil dadurch zwar nicht mit dem Gelde der Verbraucher, wohl aber mit den vorhandenen Nahrungsmitteln gespart wurde. Mit dem Steigen der Lebensmittelpreise machten sich indes naturgemäß auch höhere Lohnansprüche der Arbeiter geltend, namentlich der Rüstungsarbeiter, für die man schließlich das nachher eingeführte Lebensmittelkartensystem wieder durchbrach, um sie bei guter Laune zu erhalten. Es wurden also Lebensmittelkarten eingeführt, die wie die Zwangswirtschaft überhaupt keinen anderen Zweck hatten, als den Minderbemittelten zu zwingen, nicht über eine bestimmte, ihm zugemessene kleine Menge zu verzehren. Auf diese Weise sollten die vorhandenen und alljährlich neu zu erntenden Nahrungsmittel gestreckt werden. Die Besitzenden waren von Anfang an in der Lage, sich durch den Schleichhandel gegen Zahlung höherer Preise unbegrenzte Mengen von Brot, Fleisch und anderen Nahrungsmitteln zu beschaffen.

Den Landwirten wurde diese Art Zwangswirtschaft, die von manchen Kriegssozialismus genannt worden ist, bald zu einem Dorn im Auge, weil für das abzuliefernde und nachher durch die Behörden vermittels des Handels auf Lebensmittelkarten zu verteilende Fleisch und Getreide gewisse Höchstpreise festgesetzt waren. Damit war der Anreiz für die Erzeuger gegeben, möglichst große Teile ihrer Produkte auf dem Schleichhandelswege abzugeben, wo sie sie zu einem beliebigen, ständig steigenden Preise verkaufen konnten.

Im Laufe der Zeit ist derjenige Anteil des Fleisches (das seit Herbst 1920 wieder im freien Verkehr ist) und des Brotgetreides, der auf dem Schleichhandelswege verkauft wurde, immer größer geworden. Auf die Fleisch- und Brotkarten ist immer mehr ausländisches Fleisch und ausländisches Mehl abgegeben worden. Infolge der schlechten deutschen Valuta konnten Fleisch und Getreide aus dem Auslande nur zu hohen Papiermarkpreisen eingeführt werden. Um dieses Fleisch und Mehl auf die Lebensmittelkarten zu den deutschen Höchstpreisen abgeben zu können, wurde es „verbilligt", und zwar durch die unaufhörlichen Bewegungen der Reichsdruckerei-Maschinen, die das „Geld machen". Weil also das Reich zu Lasten der Steuerzahler alljährlich gewaltige Summen auf das ausländische Mehl drauflegte, konnte es zu dem Brotkartenpreise verkauft werden. Das ausländische Mehl wurde billig verkauft. Außerdem aber waren die Bäcker durch behördliche Anordnungen zu gewerbsmäßigen Nahrungsmittelfälschern gemacht worden, indem die Behörden den Bäckern für die Herstellung des Brotes nur teilweise Roggen- und Weizenmehl, zum andern Teil aber Gersten-, Mais-, Bohnen- und Kartoffelmehl lieferten. Daher auch die schwankenden Qualitätsunterschiede des Brotes. Das in Deutschland erzeugte Getreide wurde auf dem Lande und in der Stadt, soweit es den Weg in den Schleichhandel fand, zu besserem Brote, zu Weißgebäck und Kuchen verarbeitet. So konnte das inländische Mehl teuer verkauft werden.

Diese Tatsachen waren der Grund, warum im vorigen Jahre der Genossenschaftstag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine beschlossen hatte:

„..... Der Genossenschaftstag stellt ferner fest, daß die zwangsläufige Bewirtschaftung der wichtigsten Nahrungsmittel nicht mehr geeignet ist, die Not des Volkes zu lindern, und daher systematisch abgebaut werden muß. Die Einbeziehung der Kommunalverbände in die Ernährungswirtschaft führt nur zu gegenseitigen Preistreibereien, erhöht die Verteilungskosten und legt die notwendigsten Funktionen in die Hände durchaus ungeeigneter Organisationen und Personen. Die Bewirtschaftung von Milch, Fleisch und Fettwaren ist baldigst aufzuheben. Bei der Aufhebung der Bewirtschaftung ist Vorsorge zu treffen, daß die Belieferung von Kranken und Kindern gewährleistet wird. Für die Bewirtschaftung von Kartoffeln empfiehlt sich ein Uebergangsstadium in der Weise, daß ein zur Gewährung eines Existenzminimums an die minderbemittelte industrielle Bevölkerung benötigter Teil der Kartoffeln bewirtschaftet, der Rest frei gehandelt wird. Diese Methode dürfte bei ordnungsgemäßer Durchführung dahin führen, daß auch mit dem Abbau der Bewirtschaftung von Brotgetreide begonnen werden kann."

Der jetzt dem Reichstage vorliegende Gesetzentwurf über die Regelung des Verkehrs mit Getreide will die bisherigen Gesetzesvorschriften dem tatsächlichen Zustande anpassen. Er will das gesetzlich festlegen, was schon lange Wirklichkeit ist: nämlich den Landwirten gestatten, **einen immer größeren Teil ihres Getreides im freien Handel und ohne Höchstpreise abzugeben. Nur einen Teil sollen die**

Landwirte an die Gemeinden abzuliefern verpflichtet sein, und für diese Umlage werden bei der Abgabe an den Konsumenten Höchstpreise festgesetzt werden. Die Gemeinden sind nach dem Entwurf für die Ablieferung dieser Umlage dem Staate und die einzelnen Länder wieder dem Reiche haftbar, weil dieses im Falle der Nichtlieferung vom Auslande das erforderliche Getreide zur Verteilung auf die Brotkarten kaufen muß. Auf die Brotkarte wird dementsprechend künftig weniger Brot und Mehl als bisher verteilt werden können. Das andere mag sich der Konsument im freien Handel kaufen, für den es keine Höchstpreise geben wird. Alles dies soll indes nur ein Uebergangsstadium sein, um den völlig freien Handel vorzubereiten.

Die bisherige „Zwangswirtschaft" war keine Regelung und Kontrolle der Produktion, sondern eine gesetzlich durchgeführte Verbrauchsbeschränkung, die von den Produzenten und zahlungsfähigen Konsumenten durchbrochen worden ist. Gegen eine wirkliche Regelung der landwirtschaftlichen Erzeugung wehrt sich der von kapitalistischen Interessen beherrschte Staat, wie er ebenso eine Kontrolle der industriellen Produktion bisher abzuwehren gewußt hat.

Scheidemann gegen Eberttaktik

In einem Artikel der „Sozialistischen Korrespondenz" wendet sich Scheidemann gegen die zahlreichen Kritiker seines letzten Artikels im „Acht-Uhr-Abendblatt". Seine Forderung nach der Auflösung des Reichstages, falls sich für ein klares Programm der Regierung keine sichere Mehrheit im Reichstage finden würde, hat nämlich alle diejenigen gegen ihn aufgebracht, die gemäß höherer Weisung Neigung für ein Zusammengehen mit den Stinnesleuten verspüren. Scheidemann erklärt erneut, und zwar unter etwas hämischer Berufung, auf Hermann Müllers Ausführungen in Tempelhof, daß die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder aus der gleichen Tür hinausgehen müßten, in die die Volksparteiler hineinspazieren. Wenn Scheidemann sich ferner auf die ganz anderen Zwecken dienenden Versammlungsresolutionen beruft, so zeigt auch das seine feine Witterung für taktische Erfolge. Also: Scheidemanntaktik gegen Ebert!

•

Als eine Bestätigung dieser zwiespältigen Auffassung bei den Rechtssozialisten dient der Bericht des „Vorwärts" über eine Rede Severings in Bielefeld. Danach erklärte Severing, daß ein Zusammenarbeiten mit der Volkspartei vorläufig ausgeschlossen sei.

Staatliche Jugendpflege in Preußen

Wer bekommt die 6 Millionen?

Der preußische Wohlfahrtsminister hat, wie den P.P.N. von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, in einem Erlaß **neue Richtlinien für die wirksame Verwendung der staatlichen Jugendpflegemittel** und werktätige Mitarbeit der Jugendlichen bei Herstellung von Geräten usw. aufgestellt. Es heißt dort u. a.:

In dem Entwurf des Staatshaushaltes für das Jahr 1921 sind zu Beihilfen für Veranstaltungen Dritter zwecks Förderung der Pflege der schulentlassenen Jugend 6 Millionen Mark eingestellt worden.

Der Kreis der zu berücksichtigenden Vereine und Verbände ist erheblich erweitert. Es sind alle Jugendvereinigungen zu berücksichtigen, denen es nicht um parteipolitische, sondern um ernstgemeinte erzieherische Beeinflussung ihrer Mitarbeiter auf körperlichem, geistigem und sittlichem Gebiete zu tun ist. Alle sächlichen Kosten (Arbeitslöhne und Baustoffe zum Bau von Heimen, Einrichtung von Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen, Anlagen von Plätzen, Beschaffung von Turn- und Spielgeräten usw.), zu denen Beihilfen erbeten werden, sind gegen früher erheblich gestiegen.

Soll dieses gesteigerte Bedürfnis mit den vorhandenen Mitteln einigermaßen befriedigt werden können, so ist größte Sparsamkeit am Platze. Mit peinlicher Sorgfalt ist daraufhin zu achten, daß jede unnötige Zersplitterung vermieden und die Mittel nur dazu eingesetzt werden, wo eine wirksame Förderung der Jugendpflegezwecke davon mit Sicherheit erwartet werden kann. Die Jugendlichen haben von sich aus schon vielfach besonderen Eifer in dieser Richtung betätigt. Sie haben sich z. B. bei der Herstellung und Einrichtung von Jugendheimen, von Turn- und Sportgeräten, von Turn- und Sportplätzen durch eigene Arbeit beteiligt. Die Jugendpflege dient somit auf diese Weise nicht allein der Heranbildung sparsamer, auf die eigene Kraft sich stützender Männer und Frauen, sondern kommt einem Bedürfnis der Jugend selbst entgegen, wenn sie diese in den Stand setzt, noch mehr als schon bisher selbst Hand anzulegen, um die Kosten der für sie erforderlichen Einrichtungen zu verringern. Die schon früher gegebenen Anregungen zur Selbstbetätigung der Jugend für die Zwecke ihrer Vereinigung werden je nach den besonderen zeitlichen und örtlichen Bedürfnissen zu erweitern sein. Unter anderem empfehlen sich **Lehrgänge zur Unterweisung in der Handfertigkeit und die Einrichtung von Handfertigkeitsräumen.** In der Landesturnanstalt in Spandau werden die angehenden Ruderlehrer neuerdings auch in der Anfertigung einfacher Boote im Interesse der Jugendpflege unterwiesen.

Dringend notwendig sind z. B. **ausreichende Turn-, Sport-, Spielplätze;** ihre Anlage ist nach wie vor mit allen geeigneten Mitteln zu fördern. Sie wollen jedoch Anträge auf Unterstützung solcher Plätze strengstens daraufhin prüfen, ob dabei mit der unter den heutigen Verhältnissen gebotenen Schlichtheit, Einfachheit und Sparsamkeit vorgegangen und Ueberflüssiges vermieden wird. Wo dies nicht der Fall ist, würden sich staatliche Beihilfen nicht rechtfertigen lassen.

Der Minister macht dann noch auf die früher von ihm aufgestellten Grundsätze aufmerksam, in denen es u. a. heißt, daß zur Verhütung einer Zersplitterung der Staatsmittel vor Bewilligung von Beihilfen zur Errichtung im Interesse der Jugendpflege ihre dauernde sowie möglichst umfassende und vielseitige Benutzung für diesen Zweck in geeignet erscheinender Weise sicherzustellen ist und die Staatsbeihilfe, in solchen Fällen, soweit möglich, nicht Privatpersonen, sondern **Körperschaften mit öffentlich-rechtlichem Charakter** zu gewähren sein solle.

Das ist alles wunderschön. Aber mit so allgemeinen Angaben kann die Oeffentlichkeit nichts anfangen. Vielleicht gewinnt der Herr Minister einmal Zeit, genaue Angaben über die Verteilung der Beträge zu machen. Er meint, daß Jugendvereine vom Empfang der Mittel auszuschließen sind, die parteipolitische Beeinflussung zum Ziel haben. Nur solche Vereine, die sich „ernstgemeinter erzieherischer Beeinflussung" befleißigen, finden Gnade vor ihm. Wie ist das nun zu verstehen? Fällt die Tätigkeit der katholischen und evangelischen Jugendvereine unter den Begriff der politischen Beeinflussung oder nicht? Ist die Erziehung zu sozialistischer Weltanschauung und Lebensgesinnung „ernstgemeinte erzieherische" Wirksamkeit oder ist der Herr Minister anderer Meinung? Ueberhaupt: Ist nicht die religiöse Beeinflussung im Sinne einer bestimmten Konfession der politischen Beeinflussung gleichzusetzen? Es gibt Millionen preußischer Staatsbürger, Herr Minister, die diese Frage bejahen werden. Wo wird also die Grenze gezogen? Zum Schluß sagt die Erklärung, daß die Beihilfen tunlichst nur an Körperschaften mit öffentlich-rechtlichem Charakter gegeben werden sollen. Darunter sind auch die Religionsgemeinschaften zu verstehen. Auch das dürfte von zahlreichen Steuerzahlern unliebsam empfunden werden, um einen gelinden Ausdruck zu wählen.

Wir hätten, wie gesagt, gern Auskunft über diese Fragen. Nach unserer Ansicht ist die Abgabe der Beihilfen an die Kommunen zur Verwendung nach ihrem Ermessen der zweckmäßigste und am wenigsten zu Mängeln Anlaß gebende Weg.

Ein betriebsamer Staatsanwalt

Den Naumburger Staatsanwalt läßt es auf seinen Lorbeeren nicht schlafen. Wir haben bereits vor kurzem mitgeteilt, daß er gegen unser Zeitzer Parteiblatt Anklage erhoben hat wegen „Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen", die darin bestanden haben soll, daß der Zeitzer „Volksbote" den Rosenfeldschen Brief an Ebert über die Aufhebung der Sondergerichte veröffentlichte. Der Naumburger Staatsanwalt bedenkt unser Zeitzer Parteiblatt mit einer geradezu vorbildlichen Aufmerksamkeit und hat es auf nicht weniger als sechs Anklagen gegen die verantwortlichen Redakteure, die Genossen Lenzner und Bergholz, gebracht. Eine Artikelüberschrift „Die Naumburger Justiz auf der Anklagebank", einige polemische Randbemerkungen, Veröffentlichung einer Anklageschrift, die Ausdrücke „Rachejustiz, Maschinengewehrjustiz, Klassenjustiz": das sind die Verbrechen, die in sechs hübsch von einander gesonderten Verfahren ihre Sühne finden sollen.

Man kann dem Naumburger Staatsanwalt kaum nachsagen, daß er sich seinen Beruf allzuleicht macht. Es wäre aber an der Zeit, daß ihm von seiner vorgesetzten Behörde etwas auf die Finger geklopft würde, damit seine Geschäftigkeit eine etwas andere Richtung nimmt, als die engstirnige Unterbindung der politischen Kritik. An Lächerlichkeit in dieser Beziehung fehlt es sowieso nicht.

Kommunistische „Erfolge"

Die zu Mittwoch, den 25. d. M., einberufene öffentliche Volksversammlung hat mit überwältigender Mehrheit den auch von unserer Partei in der oberschlesischen Frage eingenommenen Standpunkt gutgeheißen. Das ist den kommunistischen Literaten offenbar sehr unbequem, und deshalb haben sie jetzt bereits zweimal die Feder angesetzt, um das Ergebnis umzufälschen. Der eine Artikel ist überschrieben: „Die Unabhängigen für Wirth und gegen die oberschlesischen Arbeiter!" Für diese unsinnige Behauptung werden allerhand Beweise aus Artikeln der „Freiheit", aus der Kundgebung unseres Zentralkomitees und den Versammlungsreden zusammengeklaubt. Natürlich weiß jeder Leser unseres Blattes und jeder Teilnehmer an unseren Versammlungen, daß wir nicht gegen, sondern für die oberschlesischen Arbeiter auftreten, indem wir die polnischen wie die deutschen Arbeiter dringend ermahnen, sich nicht von nationalistischen oder kommunistischen Gewaltpolitikern zu einer Beteiligung an einem blutigen Kampf in Oberschlesien aufhetzen zu lassen. Aus der Versammlung wird dann weiter noch erzählt, daß „dort Ledebour zu sagen wagte, daß die Ansicht, man müsse den Orgeschbanden die Waffen entreißen, die Ansicht von Caféhausliteraten sei". Dieses Zitat ist ein charakteristisches Fälscherkunststück der „Roten Fahne". Wie wir alle, hat auch Ledebour den Standpunkt vertreten, daß den Orgeschleuten die Waffen entrissen werden müssen. Aber da auch der Friedensvertrag das fordert und die Reichsregierung sich auf Drängen der Entente erst jetzt wieder ausdrücklich zur Durchführung dieser Forderung verpflichtete, verlangen wir, daß die Regierung sofort selber durch ihre Organe den Orgeschleuten die Waffen entreißen muß, um Deutschland vor neuen Ententesanktionen zu bewahren. Was jedoch Ledebour mit Recht zurückgewiesen hat, war die Aufforderung an die Arbeiterschaft, sie solle ihrerseits den Orgeschleuten die Waffen entreißen. Das kommt mit anderen Worten auf die Aufforderung an die Arbeiter zum Kampfe mit der blanken Waffe gegen die bewaffneten Orgeschbanden heraus. Den Reaktionären in Deutschland wie den französischen Imperialisten könnte nichts Angenehmeres passieren, als wenn die deutschen Arbeiter sich zu solchen sinnlosen Aktionen gerade jetzt verleiten lassen. Indem Ledebour diesen ganzen Plan bekämpfte, hat er, um solchen Widersinn hervortreten zu lassen, ironisch gesagt, die Caféhausliteraten, die ihn ausgeheckt hätten, möchten gefälligst selbst einmal mit dem guten Beispiel der Waffenentreißung vorangehen. Das ist also ganz etwas anderes, als was die „Rote Fahne" daraus gemacht hat.

In der folgenden Nummer der „Roten Fahne" wird dann ein eigener Bericht über die Versammlung mit den Worten überschrieben: „Die USP. warnt das Proletariat vor Taten". Aus den vorhergehenden Ausführungen geht schon hervor, daß unser Referent nicht vor Taten überhaupt, sondern vor unsinnigen Taten nach kommunistischem Rezept gewarnt hat. Es ist eine Lüge, wenn in der Notiz behauptet wird: „vor dem unausbleiblichen Kampf mit der Waffe in der Hand um die politische Macht" schreckt Ledebour freilich zurück. Ledebour hat vielmehr in seinem Schlußwort betont, daß das Proletariat sich durch zähe Organisation, durch Zusammenschluß der tatbereiten Genossen auch auf diese Möglichkeit vorbereiten muß. Die ewigen Putschverhetzungen der Kommunisten sind aber gerade das geeignete Mittel, im Proletariat die Fähigkeit und Bereitschaft zu einer wirklich entscheidenden Aktion zu lähmen und zu zerstören.

Der Versuch der „Roten Fahne", die Verhandlungen am Mittwoch zu einem großen „Erfolg" der Kommunisten umzudeuten, wird am einfachsten durch Feststellung der Tatsache widerlegt, daß die Resolution der Zentrale nicht, wie das Blatt behauptet, mit knapper Mehrheit, sondern mit ganz überwältigender Mehrheit angenommen worden ist. Wie uns auf Nachfrage der Vorsitzende der Versammlung mitteilt, ergab die Gegenprobe gegen die Resolution wohlgezählte sechs Stimmen! So sieht der kommunistische „Erfolg" aus.

Edle Menschenfreunde

Es wird berichtet, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen der Kulmbacher Spinnerei, Kulmbach und Mainleus, für die Alten, die Armen und Kranken, die dem Verband der Kulmbacher Spinnereien angehören oder angehörten und trotz der „erhöhten Rentenbezüge" infolge der allgemeinen Teuerung schwer kämpfen müssen, den Ertrag einer 12stündigen Ueberarbeit zur Verfügung gestellt haben. Die Direktion hatte sich sofort bereit erklärt, denselben Betrag, der durch die Ueberarbeit erzielten Löhne aus Betriebsmitteln beizusteuern, da sie keinen Gewinn aus der Ueberarbeit ziehen wollte. Das Ergebnis war 43 634 Mark an Löhnen; der gleiche Betrag wurde von der Werkleitung gegeben, so daß insgesamt fast 87 000 Mark zur Verteilung an die Pensionäre der Kulmbacher Spinnerei und andere der Direktion als würdig und bedürftig erscheinende Personen gelangten.

Dieses Opfer der gewiß nicht auf Rosen gebetteten Spinnereiarbeiter ist gewiß zu loben und den Armen und Kranken zu gönnen. Aber der Vorgang ist dennoch beschämend. Zunächst für die Unternehmer, die nicht einmal diese Gelegenheit benutzt haben, um in die eigene Tasche zu greifen. Sie lassen ja selbst berichten, daß sie nur keinen Gewinn aus der Ueberarbeit ziehen wollen, die für diesen humanen Zweck gemacht worden ist. Wie edelmütig! Beschämend ist der Vorgang ferner, weil er sich überhaupt als notwendig erwiesen hat, weil der Staat nicht in der Lage ist, Arbeiter, die ihre Kraft verbraucht haben, vor so bitterer Not zu schützen. Aber das kommt davon, daß die gleichen Unternehmer, die in diesem Einzelfalle so schäbig gehandelt haben, sich so glänzend vor der Besteuerung zu drücken wissen, daß der Staat die Mittel für eine ausreichende Unterstützung nicht aufzubringen vermag.

Kein Lohnsteuergesetz?

Wie eine Berliner Korrespondenz mitteilt, glaubt man an amtlicher Stelle, die Neuregelung des Lohnabzuges ohne besonderes Gesetz durch Abänderung der Vorschriften des geltenden Einkommensteuergesetzes erreichen zu können. Wir stehen diesen Absichten mit großem Mißtrauen gegenüber und fürchten, daß sie dem Wunsche der besitzenden Kreise entspringen, auch bei dieser Gelegenheit wieder, genau wie bei der letzten Abänderung des Steuergesetzes, steuerliche Erleichterungen für die Besitzenden herauszuschlagen. Sollten diese Befürchtungen sich als richtig erweisen, so würde der schärfste Kampf der Arbeiterklasse gegen diese Absichten einsetzen müssen.

Aber auch aus sachlichen Gründen scheint uns die Neuregelung des Lohnabzuges durch ein besonderes Lohnsteuergesetz notwendig zu sein. Denn das Haupterfordernis der Klarheit und Uebersichtlichkeit der Bestimmungen dürfte sich kaum auf einem anderem Wege erreichen lassen.

Das internationale Scharfmachertum

Ein Aufruf der belgischen Gewerkschaften

Der Brüsseler „Peuple" veröffentlicht einen Aufruf der belgischen Gewerkschaften, der die Arbeiterklasse **zum Widerstand gegen die kapitalistische Reaktion** und gegen die Versuche des Unternehmertums auffordert, der Arbeiterschaft die bisherigen Errungenschaften zu entreißen.

„Alle in hartem Kampfe errungenen Verbesserungen", so heißt es in dem Aufruf, „sind von dem machtgierigen Unternehmertum bedroht. Die Arbeitslosigkeit, die eine verhängnisvolle Folge des kapitalistischen Regimes ist, wird von dem Unternehmertum als willkommener Stützpunkt verwendet. Seit Monaten sind zahllose Arbeiter zur Arbeitslosigkeit verurteilt und dem tiefsten Elend ausgesetzt. In unserem Lande suchen **nahezu zweimalhunderttausend Arbeiter** vergebens eine Betätigung, die ihnen und ihren Familien das Dasein sichert.

Die Unternehmer schlagen hieraus Nutzen. Sie wollen die Gewinne, die sie seit Wiederaufnahme der Arbeit erzielt haben, nicht nur unversehrt erhalten, sondern sie noch erhöhen. Zu diesem Zweck haben sie **einen Angriff in breitem Maßstabe** begonnen. Zuerst haben sie einen Ansturm auf die Löhne unternommen, jetzt wenden sie sich mehr wie je **gegen den Achtstundentag.** In verschiedenen Gegenden haben sie sogar ganz offen den Kampf gegen die gewerkschaftlichen Organisationen eingeleitet.

Die organisierten Proletarier werden sich diesen Anmaßungen eines anderen Zeitalters zu widersetzen wissen. Was immer auch kommen mag, sie werden niemals zulassen, daß man zu der Lage der Vorkriegszeit zurückkehre.

Man drängt uns zum Kampf, und wir werden mit allen Mitteln erwidern."

Der Aufruf der belgischen Gewerkschaften beweist, daß auch in den Siegerländern die Arbeiterklasse einen erbitterten Kampf um die während und nach dem Kriege errungenen Rechte zu führen hat. Der wirtschaftliche Niedergang, der in der Hauptsache den politischen Machenschaften der kapitalistischen Interessenvertreter zu danken ist, soll den Hintergrund abgeben, auf dem die aufstrebende Arbeiterschaft niedergehalten werden soll. Aber außerdem illustrieren diese scharfen wirtschaftlichen Kämpfe, wie sie in den Siegerländern toben, aufs treffendste die Hohlheit der im Krieg oft und gern gehörten Redensart, daß der Sieg auch für die Arbeiterklasse goldene Berge bringe. Die Vorteile, die den Kapitalisten Englands, Frankreichs, Belgiens und der Vereinigten Staaten durch die Erledigung Deutschlands und seiner Verbündeten erwachsen, werden von diesen streng gehütet. Und wenn die Arbeiterklasse, die Blut und Leben geopfert hat, Anteil an den Früchten des Sieges verlangt, dann muß sie erbittert kämpfen, um nur das Notwendigste an materiellen und allgemeinen Rechten zu erhalten.

Vergleicht man die schmeichelnde Umwerbung, der die Arbeiterklasse aller kriegführenden Länder während des Krieges ausgesetzt war, solange sie noch als Kanonenfutter diente, mit dem Scharfmachertum, das jetzt wieder das internationale Unternehmertum beseelt, so erweist sich aufs neue die Richtigkeit der Politik, wie sie von den aufrechten Sozialisten während des Krieges getrieben wurde. Das Unternehmertum gibt keinen Fußbreit seiner wirtschaftlichen Machtstellung preis. Es muß in rücksichtslosem Klassenkampf dazu gezwungen werden. So löst sich die Ideologie von den gemeinsamen Interessen der Unternehmer und Arbeiterklasse, vom sozialen Frieden, der im Kriege in so reichlichem Maße gehuldigt wurde, in der rauhen Wirklichkeit in Nebel auf. Schärfster Klassenkampf, national und international, das ist das wahre Ergebnis der kriegsbegeisterten Harmoniedusseleien.

Der englische Bergarbeiterstreik

DA. London, 27. Mai.

Chamberlain erklärte im Unterhause, die Regierung werde nicht verfehlen, eine Konferenz zwischen Bergleuten und Grubenbesitzern herbeizuführen, sobald **der geeignete Augenblick** hierfür gekommen sei. Er fügte hinzu, daß begründete Hoffnung vorhanden sei, bald zu einer befriedigenden Lösung des Konflikts zu gelangen.

EW. Brüssel, 27. Mai.

Die Interalliierte Kommission der Transportarbeiter und Grubenarbeiter ist in Brüssel zusammengetreten. Es sind Vertreter aus England, Frankreich, Holland und Belgien anwesend. Die Kommission nahm eine Entschließung an, in der gegen die geringe Solidarität der englischen Seeleute protestiert wird, die damit einverstanden waren, Kohlen aus dem Ausland zu löschen. Es wird bedauert, daß die englischen Grubenarbeiter sich nicht direkt an die Interalliierte Gewerkschaftskommission gewandt haben. Die Kommission beschloß, mit allen möglichen Mitteln Hilfe für die englischen Grubenarbeiter zu schaffen, aber keine definitive Entscheidung zu treffen, bevor sie die Resolution kennen würde, die die heute in London zusammentretende Konferenz der Grubenbesitzer und Grubenarbeiter annehmen wird.

Preußischer Staatsrat

Der preußische Staatsrat beriet in seiner Freitags-Sitzung den Haushalt für 1921. Der Berichterstatter Dr. Zarres betonte als Meinung des Ausschusses die Notwendigkeit, Preußen stärker an den Reichssteuern zu beteiligen. Den Gemeinden darf die Ertragssteuer nicht genommen werden. Der neue Haushalt hat ein Defizit von 2,3 Milliarden, das sich wahrscheinlich auf 3,3 Milliarden erhöht. Der Minister des Innern hat eine Erklärung abgegeben, daß eine endgültige Regelung des Gemeindeabgabenrechtes erst dann möglich sei, wenn eine klare Grenzscheidung zwischen den Steuern des Reiches, der Länder und der Gemeinden vorgenommen ist. Inzwischen sollen den Gemeinden wesentliche Unterstützungen gewährt werden. — In der allgemeinen Aussprache erklärt

Dr. Hilferding (U S P.)

Wir wollen bei der ersten Beratung des Etats ein paar Worte über unsere grundsätzliche Stellung zum neuen Parlament sagen. Wir leugnen nicht, daß bei der immer mehr wachsenden Kompliziertheit aller staatlichen Aufgaben, bei der zunehmenden Bedeutung der wirtschaftlichen und Verwaltungsentscheidungen es notwendig ist, für die Parlamente sachverständige Organe zu schaffen. Nur so werden die Parlamente imstande sein, für die politische Urteilsbildung über das gesamte Material an Tatsachen und wissenschaftlichen Forschungsergebnissen zu verfügen. Den richtigen Weg hat England eingeschlagen, wo seit jeher bei allen großen Reformen, sei es der Steuergesetzgebung, der Geld- und Bankfragen, der Armengesetzgebung oder der Verwaltungsreform, mit allen Vollmachten ausgestattete Untersuchungskommissionen eingesetzt wurden, die in voller Unparteilichkeit und Unabhängigkeit die Sachverständigen aller Richtungen anhörten und so dem Parlament die Unterlagen für seine Entschlüsse herbeischafften.

In Deutschland hat man statt dessen wieder ein neues Parlament zu den bestehenden hinzugefügt. Man wollte offenbar zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Man hoffte einerseits, es würden sich Sachverständige in höherem Maße zusammenfinden, als im Landtag. Da aber die Wahlen nach denselben politischen Gesichtspunkten erfolgen und erfolgen müssen, ist dafür gar keine Gewähr gegeben. Aber angenommen, die politischen Parteien würden in der Tat sachkundigere Herren in den Staatsrat, statt in den Landtag schicken, was wäre damit gewonnen? Nur eine Verarmung des Landtages, dem dadurch die Kräfte entzogen würden.

Auf der anderen Seite hat offenbar die Vorstellung eine Rolle gespielt, dem Landtage ein Oberhaupt an die Seite oder auch entgegenzusetzen. Das widerspricht der ganzen demokratischen Entwicklung, die überall die Rechte des Oberhauses bis zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt hat. Wir stehen auf dem Boden des Einkammersystems und deshalb haben auch unsere Freunde im Landtag die Einrichtung des Staatsrats abgelehnt. Wir halten aber auch etwaige Hoffnungen auf ein solches Oberhaupt für Illusion. Das deutsche Parteisystem ist viel zu straff, als das die Parteien in diesem Hause anders entscheiden würden, als in dem Landtag und deshalb hegen wir die Befürchtung, daß dieses Haus zu einer Kammer der Wiederholungen werden wird.

Das uns vorgelegte Gutachten beschränkt sich auf einige besonders dringende Wünsche. Wenn der Staatsrat überhaupt nützlich wirken sollte, so müßte er in einer viel eingehenderen Weise wenigstens die Grundzüge der dringend notwendigen Steuerreform darlegen, die das jetzt bestehende, bald unentwirrbare Flickwerk von Gemeinde-, Staats- und Reichssteuern ersetzen müßte. Dazu fehlte, von allem Anderen abgesehen, diesmal auch die Zeit. Das Gutachten spricht dem Finanzminister zu seinem Programm die Zustimmung aus. Uns waren die Erklärungen des Ministers viel zu unbestimmt, als daß wir eine solche Blankovollmacht ausstellen können. Wir haben auch die schärfsten Bedenken gegen die Förderung, daß die Staatsbetriebe nach den Grundsätzen einer „gesunden Ertragswirtschaft" verwaltet werden sollen. Das ist reichlich zweideutig und läßt sich auch im Sinne einer fiskalistischen oder Profitwirtschaft verstehen. Wir wollen auch hier mit aller Bestimmtheit aussprechen, daß wir für die wichtigsten dieser Betriebe, für die Bergwerke, die Sozialisierung im Sinne des von unserer Reichstagsfraktion gestellten Antrages fordern.

Zum Schluß noch ein Wort zum Etat. Er weist ein Defizit in der bedenklichen Höhe von 2,3 Milliarden auf, und dazu kommt noch ein Fehlbetrag von 2 Milliarden aus dem Jahre 1920, der nur zu einem Drittel in dem diesjährigen Etat erscheint. Es muß aber auch mit der Erhöhung dieses Defizits um eine weitere Milliarde gerechnet werden, namentlich durch die Ausgaben für die Schutzpolizei. Da uns der Etat des Innern erst heute zugegangen ist, war uns eine Prüfung dieser wie anderer Ausgaben unmöglich. Wir vertreten aber die Ansicht, daß die Polizei Organ der kommunalen Selbstverwaltung werden muß und erwarten von einer solchen Reorganisation auch eine finanzielle Entlastung. Ueber die Deckung des Defezits durch neue Steuern sind uns zu allgemeine Angaben gemacht worden, um ein klares Bild über die künftige Gestaltung des Staatshaushaltes zu gewinnen. Deshalb halten wir an der von uns bereits in der ersten Sitzung eingenommenen Stellungnahme fest, halten die Abgabe des Gutachtens schon wegen seiner Unvollständigkeit für unmöglich und können daher dem vorliegenden Gutachten unsere Zustimmung nicht geben. (Beifall links.)

Freiherr von Gayl (Dtl.): Eine schleunige Reform der preußischen Verwaltung wäre die beste Sparsamkeitspolitik. Besonders in den Kompetenzfragen herrscht große Verwirrung. Wir brauchen wenige, aber gut entlohnte Beamte, die nicht nach politischen, sondern nach sachlichen Grundsätzen auszuwählen sind.

Gissing (Z.): Es muß schleunigst eine Novelle zum Kommunalabgabengesetz vorgelegt werden, wobei die Gemeinden einen Ersatz für die Ertragssteuer erhalten müssen.

Mehrfeld (Soz.): Wir verurteilen aufs schärfste die Steuerdrückerei, die man überall beobachten kann. Durch den Achtstundentag ist die Intensität der Arbeit sehr gestiegen; es liegt nicht im Interesse der Produktion, ihn wieder abzuschaffen. Alle Bestrebungen, den Staatsrat zu einem Oberhause auszubilden, würden wir energisch bekämpfen.

Schlosser (Komm.): Wenn man den Staatsrat, dies Hemmnis jeder fortschrittlichen Entwicklung, abschaffen würde, so würde man viele Millionen sparen.

Fegter (Dem.): Der Staatsrat muß im Interesse der Gesamtheit als Regulator der Gesetzgebung zweckmäßig ausgebaut werden.

Der Ausschußantrag, der den im Haushaltsausschuß gegebenen programmatischen Erklärungen der Staatsregierung im allgemeinen zustimmt, wird darauf gegen Unabhängige und Kommunisten angenommen.

Zum Schluß wurde ein Gesetzentwurf über die Vereinigung von Steinkohlenfeldern im Oberbergamtsbezirk Dortmund angenommen. Hilferding (U. S.) verlangte, daß der bei der Verwirklichung des Gesetzes entstehende Wertzuwachs vom Staate beschlagnahmt wird. — Sonnabend, 1 Uhr: Beratung über den Einspruch gegen das Gesetz über die Wahlen zum Reichsrat, Kommunalabgabengesetz, kleine Vorlagen.

Die Schulpolitik in Preußen

Das Preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, hat sich veranlaßt gesehen, folgende Erklärung zu verbreiten:

Auf Grund der programmatischen Ausführungen des Oberschulrats Paulsen-Berlin über die künftige Gestaltung und den Ausbau des Schulwesens, sind mannigfache Befürchtungen laut geworden. Es könnten die Grundlagen der friedlichen und ruhigen Entwicklung zerstört und die weltliche Schule über Gebühr gefördert, die voll ausgebauten Schulsysteme könnten in Zwergschulen (in der Form von Schul-, Kultur- und Arbeitsgemeinschaften) mit geringer Leistungsfähigkeit zerschlagen werden und das unbedingt notwendige Maß von Ordnung und Zucht in der Jugenderziehung könnte verloren gehen. Diese Befürchtungen sind völlig grundlos. Es ist zunächst ganz selbstverständlich, daß grundsätzliche Neuerungen im Schulwesen mit der Reichsverfassung und den zu ihrer Ausführung erlassenen Gesetzen im Einklang stehen müssen. Aber innerhalb dieser Grenzen bleibt immer noch Spielraum genug, um im einzelnen neue Wege zu gehen, neue Unterrichts- und Schulreformen zu erproben und damit der Entwicklung des gesamten Schulwesens die Bahn frei zu machen. Wo aber solche Versuche unternommen werden, sieht die Schulaufsichtsbehörde in jedem Fall davon ab, Eltern und Kinder gegen ihren Willen zur Teilnahme daran zu zwingen, schon weil damit gleichzeitig die vorurteilslose Erprobung in Frage gestellt würde. Es wird immer dem freien Ermessen des Elternhauses überlassen bleiben, wieweit es sich daran beteiligen will. Alle Befürchtungen bezüglich einer „Vergewaltigung der Kinder und Eltern" sind demnach völlig unbegründet."

Man kann im Zweifel sein, welchen Zweck diese wenig geschickte Erklärung haben soll, ja ob sie überhaupt zweckmäßig ist. Bisher ist eigentlich von „mannigfachen Befürchtungen" wegen der Tätigkeit des Oberstadtschulrats Paulsen in Berlin nicht viel zu spüren. Die sehr wenig zahlreichen Kundgebungen einzelner Elternbeiräte religiös gesinnter Kreise gegen Paulsen, denen man zum Ueberfluß auch noch anmerkt, daß sie nicht so sehr aus den Befürchtungen dieser Kreise, sondern vielmehr unter dem Einfluß reaktionärer Schulmummelgreise zustande gekommen sind, können wir nicht als Merkmal „mannigfacher Befürchtungen" werten. Wenn man also diesen reaktionären Kreisen sagen wollte, daß sie beim Kultusministerium jederzeit Unterstützung finden werden, so ist das aus diesem Grunde und auch sonst höchst unzweckmäßig. Soll indes diese Kundgebung, die wirklich viele Deutungen zuläßt, ein Wink an Paulsen sein, damit er sich nicht zu weit vorwage, so war sie gleichfalls unnötig, denn Paulsen hat deutlich genug zu verstehen gegeben, daß er weder an einen Zwang auf die Eltern und Kinder, noch an eine Ueberschreitung der durch die Verfassung und Gesetzgebung gezogenen Grenzen denkt. Dafür aber, daß der Spielraum innerhalb dieser Grenzen, von dem auch die Erklärung spricht, in weitestem Maße für die Umwandlung der Schule nutzbar gemacht wird, wird die Berliner Arbeiterschaft unter der Führung Paulsens auf alle Fälle sorgen. Auch darüber konnte man also im Kultusministerium beruhigt sein.

Kurzum: man soll nicht „regieren", wo es nicht nötig ist.

„Ferry" vor dem Ausnahmegericht

Am gestrigen Freitag hatte sich wegen der Teilnahme an dem Anschlag auf die Siegessäule der 35jährige Kaufmann und Schriftsteller Wilhelm Hering vor dem Ausnahmegericht des Langerichts I zu verantworten. Den Vorsitz führte Landgerichtsrat Braun, die Anklage vertrat Staatsanwaltschaftsrat Jäger, die Verteidigung lag in den Händen der Justizräte Fränkel und Broh.

Wie aus der Hauptverhandlung im Siegessäulenprozeß erinnerlich, hatten die damaligen Angeklagten „Ferry" als Lockspitzel bezeichnet. Er sei der geistige Urheber des Attentats gewesen und habe einige der damaligen Angeklagten mit Erschießen bedroht, wenn sie nicht mitmachen wollten. Diesen Behauptungen schlossen sich die Verteidiger an. Die Staatsanwaltschaft glaubte damals, daß „Ferry" mit Hölz identisch sei.

Nach Eintritt in die Verhandlung erklärte Hering auf eine entsprechende Frage des Vorsitzenden, daß er sich zu der Anklage nicht äußern wolle. Justizrat Broh gab folgende Erklärung ab: „Es muß auffallen, daß wir, die wir in dem ersten Siegessäulenprozeß behauptet haben, daß „Ferry" ein Spitzel sei, jetzt als Verteidiger desselben „Ferry" auftreten. Wir erklären, daß nicht der Schatten eines Beweises dafür vorhanden ist, daß der Angeklagte ein Spitzel ist. Wir sind als Parteimitglieder völlig falsch informiert worden, und zwar subjektiv höchst leichtsinnig, objektiv völlig unwahr. Ein Agent provocateur kommt bei dem Attentat nicht in Frage, sondern nur ein gewöhnlicher Spitzel. Vorsitzender: Es war also kein Spitzel, sondern ein Denunziant? — J.-R. Broh: Nein, ein Spitzel, denn der Betreffende, der erst an der Tat beteiligt war und später der Polizei Mitteilung gemacht hat.

Vorsitzender (zum Angeklagten): Wollen Sie sich nicht über die Tat äußern? — Angeklagter Hering: Zur Sache selbst werde ich mich erst später äußern. Bezüglich der Spitzelgeschichte halte ich es unter meiner Würde, überhaupt darauf einzugehen. Die Tat selbst ist in meinem Kopfe entsprungen, unter meiner Anleitung vorbereitet und mit meiner Beihilfe ausgeführt worden. Die Verantwortung für das Attentat übernehme ich selbst.

Auf weiteren Vorhalt sagt „Ferry" aus, es sei Unsinn, wenn bekundet worden sei, er habe die Leute bedroht. — Vors.: Wieviel Genossen haben denn nun teilgenommen? — Angekl.: Darauf verweigere ich die Aussage. — Vors.: Wann und wie ist nun das Attentat ausgeführt worden? — Angekl.: Am Tage der einjährigen Wiederkehr des Kapp-Putsches, morgens um ½5 Uhr, und zwar war diese frühe Zeit aus der Erwägung heraus gewählt worden, weil wir festgestellt hatten, daß um diese Stunde die Umgebung des Königsplatzes völlig menschenleer war, denn es sollte unter keinen Umständen Menschenleben vernichtet werden. Wir haben deshalb auch festgestellt, ob im Innern der Säule Invaliden oder Wächter schlafen. Wäre dies der Fall gewesen, so wäre die Tat unbedingt unterblieben. Ich selbst haben den Sprengstoff in die Siegessäule gebracht und in einer Fensternische im obersten Stockwerk fest eingeklemmt. Ich wußte, daß ein brisanter Sprengstoff dort am stärksten wirkt, wo er den größten Widerstand findet. Bei der Explosion wäre ein großes Loch in das Mauerwerk gerissen worden und die Folge wäre, daß die 700 Zentner schwere Viktoria umgestürzt wäre. — Vors.: Was bezweckten Sie denn damit? — Angekl.: Die Siegessäule ist für mich

das Symbol des immer noch ungebrochenen Militarismus,

des Erregers des furchtbaren Krieges, das damit gestürzt werden sollte. Durch die Tat sollte ein Signal aufgerichtet werden, um die deutsche Arbeiterschaft aufzurütteln, damit sie sich wieder auf sich selbst besinnt. — Vors.: Sie wollten also damit die Arbeiterschaft zum Aufruhr anstiften, um einen neuen Umsturz herbeizuführen? — Angekl.: Jawohl. — Vors.: Welcher Partei gehören Sie an? — Angekl.: Darüber verweigere ich die Aussage. — Vors.: Wie kommen Sie zu dem Namen „Ferry"? — Angekl.: Ich trug lediglich aus Sicherungsgründen den Decknamen „Ferry". — Vors.: Sie sollen auch in Rußland gewesen sein und dort für eine nihilistische Zeitung gearbeitet haben? — Angekl.: Darüber will ich nichts sagen. Auf weitere Fragen erklärt „Ferry" weiter, daß er Ende v. J. erst aus Rußland gekommen sei, von wo er 9000 Mark mitgebracht habe. Nebenbei habe er literarisch gearbeitet für die linksradikale Presse. —

Auf Antrag des Staatsanwalts werden die schon zu erheblichen Zuchthausstrafen verurteilten Mittäter Mardon und Neumann vernommen. Beide Zeugen bleiben dabei, daß sie bedroht worden seien und „Ferry" erklärt habe, daß sie nur durch den Tod ausscheiden könnten. — Der Angeklagte bestreitet jede Bedrohung. Richtig sei jedoch, daß in seinen Kreisen der Grundsatz gelte:

Dem Verräter die Kugel!

Der Staatsanwalt bezeichnete in seinem Plaidoyer den Versuch, die Siegessäule zu sprengen, als einen Akt größter Intoleranz gegen andersdenkende Volkskreise. Für den Angeklagten falle als straferschwerend ins Gewicht, daß er andere Menschen durch seine Ideen mit ins Verderben gerissen habe. Schließlich beantragte der Staatsanwalt eine Strafe von 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust.

In seinem Schlußwort, in dem der Angeklagte sein Glaubensbekenntnis ablegte, erklärte er: Die Zerstörung der Siegessäule sollte ein Signal sein. Die deutsche Arbeiterschaft, die zwar wunderbare revolutionäre Eigenschaften in sich birgt, die aber infolge eines angeborenen Autoritätsgefühls sich zu Massenbewegungen nicht entschließen kann, sollte aufgerüttelt werden, deshalb mußte man einmal zur Propaganda der Tat greifen.

Nach längerer Beratung des Gerichtes verkündete Landgerichtsdirektor Braun folgendes

Urteil:

„Wie schon aus der vorigen Verhandlung zu ersehen war, konnte im Falle „Ferry" von Spitzelarbeit überhaupt keine Rede sein. Der Angeklagte gibt ja auch selbst zu, in Gemeinschaft mit anderen die Absicht gehabt zu haben, das Attentat gegen die Siegessäule auszuführen. Deshalb mußte der Angeklagte „Ferry" wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz und wegen Hochverrates verurteilt werden. Beim Strafmaß war der Angeklagte weder milder noch auch den anderen Angeklagten gleich zu bewerten. Er mußte vielmehr strenger bestraft werden, weil er der intellektuelle Urheber eines Verbrechens gegen ein Ehrenzeichen des deutschen Volkes war und weil er durch seine Tat Familienväter ins Zuchthaus gebracht hat. Das Gericht erkennt daher auf eine Zuchthausstrafe von 8 Jahren, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Der Anschlag auf die Holtzendorffbrücke

Vor dem Ausnahmegericht des Landgerichts II hatte sich gestern der Arbeiter Gustav Kramer wegen des Sprengstoffattentates auf die Holtzendorffbrücke zu verantworten. Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Ernst, während die Anklage vom Staatsanwalt Vater vertreten wurde.

Zur

Begründung der Anklage

führte der Staatsanwalt u. a. aus: Der Angeklagte sei Mitglied der kommunistischen Partei. Eine Funktionärversammlung dieser Partei habe in der Karwoche sich mit den Kämpfen in Mitteldeutschland beschäftigt und beschlossen, den Generalstreik zu proklamieren und Gewaltakte anzuzetteln. Am 26. März habe der bereits verurteilte Kommunist Karl Schulz in die Wohnung des Angeklagten ein Paket mit Pikrinsäurekörpern gebracht. Abends kam Schulz mit einem gewissen Calweit wieder in die Wohnung des Angeklagten, und dort sei verabredet worden, eine Sprengung vorzunehmen. Zunächst wollten sie die Gasanstalt am Bahnhof Jungfernheide in die Luft sprengen. Später sei man von dem Plan wieder abgekommen, auch von einem weiteren Plan eines Anschlages gegen das Amtsgerichtsgebäude Charlottenburg. An der sogenannten 66-Pfeilerbrücke in Charlottenburg habe man den Entschluß gefaßt, diese durch eine Sprengung zu vernichten. Schulz legte das Paket mit dem Zündstoff in eine Nische und entzündete die Zündschnur. Nicht lange darauf erfolgte eine Explosion, durch die eine Rotunde in die Luft flog und zahlreiche Fensterscheiben und das Mauerwerk der umliegenden Häuser zerstört wurden. Der Angeklagte soll während des Attentates des Schulz Schmiere gestanden haben.

In der Verhandlung führte der Angeklagte zu seiner Verteidigung aus, daß er zwar Kommunist sei, aber ein Gegner aller Gewaltakte. An der erwähnten Funktionärversammlung habe er nicht teilgenommen. Nur auf Drängen der beiden Genossen habe er sich an dem Unternehmen beteiligt. Unterwegs habe er jedoch ständig versucht, die Genossen von dem Unsinn abzuhalten. Schmiere habe er nicht gestanden.

Ein Musterkommunist.

Der Zeuge Arbeiter Schulz, der in Dresden bereits zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, erzählt mit lächelnder Miene, daß in der kommunistischen Funktionärversammlung über Niederschlagung von Schutzpolizisten und Abmurksung von Menschen verhandelt worden sei. Er belastet den Angeklagten außerordentlich und behauptet bestimmt, daß Kramer an der Funktionärversammlung teilgenommen und sich bereit erklärt habe, an einem Sprengunternehmen sich zu beteiligen.

Der Staatsanwalt beantragte eine Gesamtstrafe von 6 Jahren und 1 Monat Zuchthaus unter Anrechnung von einem Monat auf die Untersuchungshaft, Ehrverlust auf die Dauer von 10 Jahren und Zulässigkeit der Polizeiaufsicht.

Der Verteidiger, Justizrat Fränkel, fordert eine mildere Strafe für den 61jährigen Angeklagten. Ein innerlicher Entschluß, mitzumachen, habe bei dem Angeklagten nicht vorgelegen, denn nur widerstrebend sei er seinen beiden Genossen gefolgt und ständig habe er versucht, sie von der Unsinnigkeit ihres Vorhabens zu überzeugen.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten, wie bereits berichtet, zu einer Gesamtstrafe von 5 Jahren und 7 Monaten Zuchthaus, 1 Monat der Strafe wird durch die Untersuchungshaft als verbüßt erachtet.

Generalstreik in Norwegen. „Utd. Tel." meldet aus Christiania: Am Freitag ist der Generalstreik ausgebrochen. Der Ausstand umfaßt alle Kommunal- und Industriearbeiter.

Französische Kulturpolitik. Das Straßburger Generalkommissariat verweigerte dem bekannten Pazifisten Professor F. W. Foerster die Einreiseerlaubnis nach Straßburg. Professor Foerster sollte auf Einladung der evangelischen Vereine in Mühlhausen und später in Straßburg Vorträge über die gegenwärtige Weltkrise halten.

Freie Getreideeinfuhr in Frankreich. Der französische Ministerrat hat beschlossen, die freie Getreideeinfuhr zu gestatten.

Das neue englisch-russische Kabel ist bereits öffentlich im Betrieb. Die Wortgebühr beträgt fünfeinhalb Pence.

Ausschneiden!

Drucksache

An die

Hauptexpedition der „Freiheit"

Berlin C 2

Breite Straße 8-9

Preisausschreiben.

Die Zigarettenfabrik Karmitri, Berlin S 59, Boppstr. 10, lässt ab 29. Mai 1921 an sämtlichen Litfassäulen Gross-Berlins einschliesslich Potsdam pro Tag eine Plakatzeichnung in 2 Farben erscheinen, und zwar in einer Folge von 30 Tagen. Die Plakate enthalten ein deutlich erkennbares Stichwort und sind somit nach 30 Tagen 30 Stichworte bekannt gegeben, deren sinngemässe Zusammensetzung einen Satz ergeben, der inhaltlich auf die Qualität der Karmitri-Zigaretten hinweist. Anspruch auf Zuteilung der ausgesetzten Preise haben diejenigen Einsender, von denen der betreffende Satz folgerichtig zusammengestellt worden ist. Die Lösungen müssen bis zum 10. Juli 1921 an **Zigarettenfabrik Karmitri, Berlin S 59, Preisausschreiben,** eingegangen sein. Später eingehende oder ungenügend frankierte Zusendungen können nicht berücksichtigt werden. Die unparteiische Entscheidung über die Verteilung der Preise wird durch ein Preisrichterkollegium vorgenommen; bei gleichen Lösungen entscheidet das Los. Die jeweilig erschienenen Plakatzeichnungen liegen zwecks nachträglicher Information in den Zigarrengeschäften aus.

Preise:

1. Preis . . .	1000	Zigaretten	„Bisquit"	à 60 Pf.
2. „ . . .	1000	„	„Atta"	à 50 „
3. „ . . .	1000	„	„Kleon"	à 40 „
4. „ . . .	1000	„	„Tandu"	à 30 „
5. „ . . .	500	„	„Tandu"	
6. „ . . .	300	„	„Tandu"	

ausserdem sind 200 Trostpreise à 100 Zigaretten vorgesehen.

Zigarettenfabrik Karmitri, Berlin S 59, Boppstr. 10

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
2½ Uhr: Vorstellung des Klassischen Theaters. Das Postamt. Die Komödie der Irrungen
7 Uhr: **Wallensteins Tod**

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68.
7 Uhr: **Die St. Jakobsfahrt**

Staatstheater.
Opernhaus
6½ Uhr: **Carmen.**
Schauspielhaus
7 Uhr: **Fiesco**

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater
7½: Potasch u. Perlmutter
Kammerspiele
8 Uhr: Mesalliance
Großes Schauspielhaus
Kerlstraße
7 U.: Ein Sommernachtstraum (Außer Abonnement)

Theater i. d.
Königgrätzer Str.:
Täglich außer Dienstag:
8½ Uhr: Mit dem Feuer spielen.
9 Uhr: Satans Maske. (Graba, Riemann, Blidt)

Berliner Theater:
DAS Milliarden SOUPER
7.30 Uhr: Hilde Wörner, Alfred Elwal, Ralph Arthur Roberts, Hart. Kiper, Paul Rehkopf

Komödienhaus:
Allabendlich 7.30 Uhr:
Der **blonde Engel**
von Robert Winterberg
Paul Heidemann a. G., Josefine Dora v. Staatsth. a. G., Inge von der Straaten, Ida Marien, Georg Baselt, Kurt Busch, Julius Rogge.

Residenz-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Lady Windermeres Fächer
von Oskar Wilde.

Lessing-Theater
Direkt.: Victor Barnowsky
Allabendlich 7½ Uhr:
Rosenmontag

Deutsch. Künstl.-Theater
Allabendlich 7½ Uhr:
Die selige Exzellenz
(Adalbert, Junkermann, Büller)

Trianon-Theater
Täglich 7 Uhr:
Am Teetisch
Lustspiel von Karl Smoboda.

Thalia-Theater
7½ Uhr: **Mascottchen**

Komische Oper
7½ **Die Oper** 7½

Alt-Heidelberg

Theater am Nollendorfplatz
3½ Uhr: Himmel auf Erden
7½ Uhr:
Der Vetter aus Dingsda

Kleines Theater
½8 Uhr: **Nur ein Traum**

Rose-Theater
7½ Uhr:
Wo die Schwalben nisten

Walhalla-Theater
7½ Uhr:
Die Scheidungsreise

½8 **Casino-Theater** ½8
Nur noch einige Aufführungen
Bollrich & Sohn

METROPOL
Behrenstraße 54.
präz. 7½ Uhr:
12 Mai-Attraktionen

Kleide Dich billig, elegant!

im Leihhaus Moritzplatz 58a

Jackett-Anzüge, Cutaways, Ulster teils auf Seide, früher bis 1200 Mk., **jetzt für 400—500 Mk.** Ferner **Damen-Kostüme, -Mäntel, enorm billig!** Nach beendeter Saison **50% herabgesetzt.** Kreuzfüchse, Zobel-, Blau-, Weiß-, Silberfüchse. Keine Lombardwaren.

8 U. **Folles Caprice** 8 U.
am Oranienburger Tor
Der ledige Ehemann
mit Ferd. Grünecker

7½ Apollotheater 7½
Friedrichstraße 218
Naturalistische Neuheit
Im Reiche der Venus und weitere 10 Sensationen.

Residenz-Kasino
Blumenstraße 10
Täglich:
Großer Witwenball

Berliner Prater
Kastanien-Allee 7-9
Täglich 4½ Uhr:
Die Schönste von Allen
Operette von Jean Gilbert
• Varieté-Sensationen •

CIRCUS BUSCH
Vorletzter Tag!
3 Uhr: **Morgen Sonntag** 7 Uhr:
Die letzten beiden
Abschieds-Vorstellungen
Nachm. 3 U. 1 Kind frei

Theat. u. Kasse To: Tel. Moritzplatz 10077
Täglich 7½ Uhr:
Elite-Sänger
— 10 Herren! —
Vorvk. 11—1½ u. 4—6

Neue Welt
Arnold Scholz
Hasenheide 108/114
Täglich das große Varieté-Programm
(16 erstkl. Attraktionen)
Anfang 6 Uhr Einlass 3 Uhr
Die Kasseerkläche ist von 2 Uhr ab geöffnet

Wilmersdorfer Stadtpark
Sommer-Theater
Kaiser-Allee 51—52
Direktion: J. Schwiedtmeier
Kapellm.: Ernst Rohrleck vom Metropol-Kabarett Berlin
Täglich: Das große Varieté-Programm mit auserlesenen Kunstkräften.
Anfang: Sonntags 4 Uhr.
Wochentags 6 Uhr.
Jeden Mittwoch nachm. 4 Uhr großes Kinderfest
Familien können Kaffee kochen

Wanderfreunde finden die schönsten Fahrten und Wanderungen in dem Buch von Paul John „Ueber See und Heide". Geschmackvoll gebund. 8.— Mark. Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Kapitän-Kautabak
wieder reichlicher in der früheren guten Qualität zu beziehen durch die bekannten Verkaufsstellen
C. Röcker, Berlin, Lichtenberger Str. 22. Kpl. 3861

Hühneraugen
schwinden schnell und schmerzl. durch Hyrolanum sicher bewährte äußerliche Anwendung. M. 10.—. Otto Reichel Berlin 46, Eisenbahnstr. 4.

Homöopath. Institut Meisner
Müggelstr. 25 am Bahnhof Frankf. Allee
Haut-, Harn-, Geschlechts- u. Frauenleid., nervöse Schwäche, Spez. veralt. Fälle b. schnell., sch. u. schmerzloser Behandl. ohne Berufsstörung. Auskunft kostenlos. Harn- u. Blutuntersuchung
10-1, 5-8, Donnerst. u. Sonn. 11-12.

Wanderkarten
für alle Gegenden erhält man in der
Buchhandlung „Freiheit"
Breite Straße 8—9.

Möbel
zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
Bar- od. Teilzahlung
bei kleinster Ware und Abzahlung.
Kulanteste Bedingungen.
Bürgl. Wohnungseinrichtgn.
Schlafzimmer, Wohnzimmer, Herrenzimmer, Speisezimmer
Bunte Küchen
Einzelne Möbel
Liefere auch n. auswärts
Lagerung kostenlos
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 58
5 Min. v. Alexanderpl.
Filiale: Badstr. 47-48.
5 Min. v. Bhf. Gesundbr.

Gemeinnützige Betriebs- u. Baugenossenschaft Berlin-Niederschönhausen, eing. Gen. m. b. H.
Berlin-Niederschönhausen, Kaiser-Wilhelm-Straße 83.

Montag, den 6. Juni 1921, abends 7½ Uhr
Generalversammlung
im kleinen Saal des Restaurants Schloß Schönhausen, Niederschönhausen, Bindestraße 12.
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht. 2. Vorlage der Bilanz. 3. Entlastung des alten Vorstandes und Aufsichtsrats, Neuwahl des Vorstandes. 4. Verschiedenes.
Der Vorstand. Georg Wien, F. Heinzelmann.

Bilanz am 31. März 1921.

Aktiva.

Forderungen auf behördliche Bauten	78 170,—
„ „ private Bauten	43 440,90
Kautions-Guthaben bei Behörden	28 650,—
Diverse Schuldner	5 111,91
Wert der Gerüste und Geräte	10 276,—
„ des Materials am Lager	4 171,—
„ „ Inventars	230,—
Depositen	1,—
	170 090,81

Passiva.

Genossen-Anteile	6 009,30
Kapital-Konto	15 000,—
Reservefonds	4 874,27
Wohlfahrtsfonds	4 134,11
Darlehns-Konten	30 358,04
Diverse Gläubiger	105 543,46
Netto-Gewinn 1. 4. 20 — 31. 3. 21	4 261,73
	170 090,81

Gewinn- und Verlust-Konto.

Debet.

Verlust auf diversen Konten	297,80
General-Unkosten	13 628,34
Zinsen-Konto	1440,03
Krankenkassen-Beiträge	3477,15
Verlust an einem behördlichen Bau	24 369,52
Netto-Gewinn 1. 4. 20—31. 3. 21	4261,73
	47 474,57

Kredit.

Gewinne auf behördliche Bauten	26 894,83
„ private „	20 408,74
„ „ Diverses	171,—
	47 474,57

Es sind im Laufe des Jahres eingetreten . . . . 69 Genossen
„ „ „ „ ausgetreten . . . . 1 Genosse
Es gehören der Genossenschaft an . . . . . 75 Genossen

Die Geschäftsguthaben der Genossen haben sich um 3005,80 M. vermehrt und um 420,15 M. vermindert.

Die der Genossenschaft angehörigen Genossen haften mit Anteil und Haftsumme von 15 000 M.

Niederschönhausen, den 25. Mai 1921.
Der Vorstand. gez. G. Alten, Heinzelmann.
Der Aufsichtsrat. gez. J. Buchweitz, R. Bodke, A. Schorge.

Ziehung 7.—13. Juni | Ziehung 27.—29. Juni

Kölner Dombau-Lotterie
Hauptgewinne Mark
200000
100000
50000
Kölner Lose 6 M.
Liste u. Porto 1.30 M. extra.

Rhein-Museum Coblenz Lotterie
cr. Höchst- u. Hauptgew. i. W.
100000
75000
50000
Rhein-Lose 5 M.
Liste u. Porto 1.30 M. extra.

1 Kölner u. 1 Rhein-Los mit Porto u. 2 Listen — M. 13

Lud. Müller & Co.
Berlin W. 56, Werderscher Markt 10.

Zur neuen **Preuss. Staats-Lotterie**
Ziehung I. Klasse am 12. u. 13. Juli
empfiehlt Original-Lose
1/8 Los = 10 M. | 1/4 Los = 20 M.
1/2 Los = 40 M. | 1/1 Los = 80 M.
Friedrich Müller, Staatl. Lotterie-Einnehmer,
Berlin W. 56, Werderscher Markt 10.

Schokoladen
100 g-Tafel 3.45
100 g-Milch-Tafel u. Block 25 gr, 50 gr, 100 g-Tafeln für Gilchsräder, große Stanniolstangen billigst
Schneider, Rodenbergstr. 9.

Zeißfeldstecher
6- und 8fach, kauft ständig.
M. Stockelmann,
Berlin W 9, Potsdamer Str. 135.
(Lützow 9289).

Foto-Apparate
u. Bedarfsart. Bitte 101 i. Foto-Industrie, Berlin 68, Friedrichstr. 14

Messer
Pickel, auch die hartnäckigsten, fettglänzende, grobporige Haut u. sonstige Hautunreinheiten lassen sich nur durch die seit 30 Jahren sicher bewährte **Pasta Nera** beseitig. M. 12.50. Zur gleichzeit. innerlich. Kur **Saltarin-Blutreinigungspulver 4.50,** übliche 3 Sch. 12.—. Otto Reichel, Berlin 46, Eisenbahnstraße 43.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Werkzeugmacher
Oskar Squar
Grünstr. 12, am 23. d. Mts. gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 28. Mai, nachm. 12½ Uhr, von der Leichenhalle des Treptower Gemeindefriedhofes in Treptow, Kiefholzstraße aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß folgende Kollegen verstorben sind:
Der Klempner
Walter Kluth
Lützowstr. 49, am 23. d. Mts.
Der Graveur
Willi Schimmelpfennig
Berlin, Landsberger Straße 10, am 20. d. Mts.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Ausschreibung!

Für ein zweimal wöchentlich erscheinendes Parteiblatt wird ein

politischer Redakteur

gesucht. Bewerber, welche die Fähigkeiten haben, ein Blatt zu leiten und welche auch in dieser Beziehung Erfahrungen haben, wollen ihre Offerte nebst ihren Gehaltsansprüchen bis 1. Juni d. J. an die Verwaltung der „Volkswacht", Mähr. Schönberg, Bismarckstraße 20, senden. Rednerische Begabung und organisatorische Befähigung ist sehr erwünscht, jedoch nicht Bedingung.

Für das ab 1. September in Prag erscheinende Zentralorgan der deutschen sozialdemokrat. Arbeiterpartei werden **3 Redakteure u. 2 Hilfsredakteure gesucht.** Die Redakteure müssen im Sozialismus theoret. geschult, in d. Parteijournalistik erfahr. sein u. auf d. Boden d. Beschlüsse d. Wiener Internat. Arbeitsgemeinschaft stehen. Beherrsch. d. tschechisch. Sprache erwünscht. Die Hilfsredakt. müssen auch stenographiekund. sein. Off. m. Gehaltsanspr. sind b. 6. Juni an d. Sekretariat der deutsch.-sozialdemokr. Arbeiterpartei, Teplitz-Schönau, Seilerstr. 1, zu richten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1037, 9714.

Sonntag, den 29. Mai, vormittags 9½ Uhr, in „Schulz' Prachtsälen", Königsgraben 2, am Alexanderplatz

Branchen-Versammlung
der Walzwerks-, Blei-, Drahtkabel-, Papierrohr-Arbeiter und -Arbeiterinnen

Tagesordnung:
1. Neuwahl der Branchenleitung
2. Verschiedenes

Zutritt haben nur die Kollegen und Kolleginnen, die Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sind.

Die Ortsverwaltung.

Der Kistenverschluß-Apparat „Herkules"
bietet den größten Schutz gegen Diebstahl. Schnellster u. billigster Verschluß. Kein Nageln mehr, kein Zerbrechen der Kisten auf dem Transport und bei m Oeffnen.
Georg Jurk Berlin N 39, Lynarstr. 15 Telephon: Moabit 4462

BOTENFRAUEN
stellt sofort ein
Hauptexp. der „Freiheit"
Breite Straße 8-9

Botenfrauen stellt sofort ein Spedit. Johannisstr. 9 (Ecke Artilleriestr.)

Mitte nächster Woche erscheint

Süllts Ermordung

Tatsachenmaterial, herausgegeben vom Bezirks-Verband Berlin-Brandenburg der V. K. P. D.

Mit Beiträgen von Friesland, Dr. Klauber, Liedloff u. a. und Illustrationen

Preis 1 Mark

Bestellungen möglichst sofort an Arbeiterbuchhandlung, Annenstr. 1

Ausschneiden!

Außerhalb Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom

„Freiheit"

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands
mit der wöchentlich einmal erscheinenden
illustrierten Unterhaltungsbeilage „Freie Welt"

1 Exemplar der zweimal täglich erscheinenden Zeitung

zum Preise von Mk. 10.— monatl., Mk. 5.— halbmonatl.
bei freier Zustellung ins Haus

Name: _____

Ort: _____ Straße: _____ Nr. _____

(Namen deutlich schreiben, Straße genau ausfüllen: wenn, Hof, Eckh., Quergeb.)

Diesen Bestellschein bitten wir an die Hauptexpedition, Berlin C 2, Breite Straße 8-9, einzusenden.

Der Verlag.

Groß-Berlin

Fahrpreissteigerung

für Monats- und Wochenkarten

Am 1. Juni tritt bekanntlich eine beträchtliche Erhöhung der Eisenbahn-Fahrpreise ein. Das riesige Defizit der Reichseisenbahn, erhöhte Betriebskosten, bedingt durch ungeheure Steigerung der Materialpreise und steigende Geldentwertung, sind die Hauptursachen dieser Verwaltungsmaßnahmen.

In den Kreisen der Arbeiter und Angestellten macht sich bereits eine lebhafte Protestbewegung gegen die abermalige Steigerung der Eisenbahn-Fahrpreise, die naturnotwendig zu neuen Lohnkämpfen führen muß, bemerkbar. Ganz besonders lebhaft ist die Protestbewegung in den Kreisen, die bei ihren Fahrten zur Arbeitsstelle Monats- und Wochenkarten benutzen. Die Steigerung der Monats- und Wochenkartenpreise ist ungleich stärker als die Steigerung der einfachen Fahrkartenpreise. Der Preis einer Monatskarte betrug bisher etwa das 11fache der einfachen Fahrkarte, während in Zukunft etwa das 20fache zu zahlen ist. Ab 1. Juni soll der Preis der Monatskarten ungefähr auf das Dreifache des bisherigen Preises erhöht und die Arbeiter-Wochenkarten sollen durch allgemeingültige Wochenkarten ersetzt werden. Der Preis der Wochenkarte soll ½ des neuen Monatskartenpreises betragen. Die für einen Monatszeitraum benötigten Wochenkarten würden demnach für dieselbe Strecke reichlich 40 Prozent teurer sein als eine Monatskarte.

Die beabsichtigten Maßnahmen sind äußerst unsozial. Ein großer Teil der Arbeiter und Angestellten, die täglich unter Benutzung von Wochen- und Monatskarten zu ihrer Arbeitsstelle fahren, gehört zu jenen Schichten, die bei der einsetzenden Wirtschaftskrise an ihrem Wohnsitz arbeitslos geworden sind oder dort nach dem Kriege keine Arbeit finden konnten und endlich eine Verdienstmöglichkeit in der näheren oder weiteren Umgebung gefunden haben. Was die beabsichtigte Erhöhung der Fahrpreise ganz besonders für diese Schichten bedeutet, braucht wohl hier nicht näher dargelegt zu werden. Die unsoziale Wirkung dieser Maßnahmen bleibt selbstverständlich nicht auf diese Kreise beschränkt.

Mehrere Mitglieder unserer Reichstagsfraktion und die Vorstände verschiedener Gewerkschaften haben sich bemüht, eine Herabsetzung der Fahrpreise durchzusetzen. Es ist zu erwarten, daß diese Bemühungen von Erfolg begleitet sein werden. In den nächsten Tagen soll im Reichsarbeitsministerium über diese Angelegenheit verhandelt werden.

Wir müssen dringend vor einer derartig unsozialen Maßnahme der Reichseisenbahnverwaltung warnen und fordern, daß eine bedeutende Herabsetzung der Wochen- und Monatskartenpreise alsbald erfolgt. Wie uns mitgeteilt wird, sollen zunächst die erhöhten Sätze für Monats- und Wochenkarten in Kraft treten, weil alle Maßnahmen der Verwaltung bereits darauf eingestellt sind. Die Herabsetzung soll nach den uns gewordenen Informationen in kürzester Frist erfolgen.

Streik der Potsdamer Straßenbahner

Seit gestern früh ruht der Straßenbahnverkehr in Potsdam. Die Straßenbahner haben gestern nacht in einer Belegschaftsversammlung über die Arbeitsniederlegung abgestimmt und mit 124 gegen 2 Stimmen beschlossen, von heute ab in den Streik zu treten, der nach ihrer ausdrücklichen Erklärung nur die Erfüllung ihrer wirtschaftlichen Forderung auf Gleichstellung im Bezuge der Teuerungszulage mit den übrigen städtischen Arbeitern anstrebt. „Wir wollen wenigstens dasselbe Einkommen haben, wie die Eisenbahner.“ In diesem lapidaren Wort drückt sich ihr Standpunkt aus.

Der Streik wurde eröffnet, weil der Hauptausschuß in seinem Berliner Schiedsspruch die Forderung der Straßenbahner abgelehnt hat. Die Verwaltung steht auf dem Standpunkt, daß der Streik als wilder Streik gelten müsse, da der Schiedsspruch für verbindlich erklärt worden sei; sie behauptet auch, daß der Transportarbeiter-Verband als Vertragspartei des Tarifvertrages den Streik nicht gutheiße. Die Streikenden haben eine Streikleitung gebildet, die aus sieben Personen besteht. Die Ansicht herrscht vor, daß der Straßenbahnerstreik auch auf andere städtischen Betriebe übergreifen werde. Man rechnet mit einem Streik im Elektrizitätswerk, dem sich auch die anderen lebenswichtigen Betriebe anschließen könnten. In diesem Falle würde die technische Nothilfe eingesetzt werden. Die Ablehnung der Straßenbahnerforderung beruht darauf, daß die Verwaltung bereits eine Unterbilanz von 625 000 M. erreicht habe und daher die Unrentabilität der Straßenbahn nicht noch vergrößern wolle. Sie ist der Ansicht, daß dann eine Betriebseinstellung und -einschränkung das kleinere Uebel wäre. Vorläufig sind noch von keiner Partei Verhandlungen eingeleitet worden. Die Stadt Potsdam würde ihrerseits Einigungsverhandlungen nur über den Arbeitgeberverband der Straßen- und Kleinbahnen führen. Die Arbeitnehmer sind im Tarifvertrage durch den Transportarbeiter-Verband und den Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands beteiligt. Potsdam kann sich auf eine längere Streikdauer einrichten, wenn die augenblickliche Entschlossenheit auf beiden Seiten anhält. Der Streikausbruch ist für die Verwaltung überraschend gekommen, wenn auch eine Stimmung für die Arbeitsniederlegung schon in der Luft lag.

Butter oder Margarine?

Obwohl noch einige Tage bis zum 1. Juni fehlen, also eigentlich noch die Zwangswirtschaft für Butter besteht, kann man seit einigen Tagen überall Plakate mit folgender Aufschrift lesen: „Naturreine Molkereibutter, Pfund 26 Mark.“

Man scheint danach anzunehmen, daß dem Butterhandel Schwierigkeiten nicht mehr gemacht werden. Gegenüber dem Schleichhandelspreis von 36 Mark, der bis in die letzte Zeit gefordert wurde, ist also eine erhebliche Ermäßigung eingetreten.

Arbeiterfamilien werden sich allerdings bei den jetzigen Löhnen auch zu diesem relativ ermäßigten Preise noch keine Butter kaufen können. Es ist anzunehmen, daß der Preis noch erheblich weiter sinken wird, da jetzt Fettmangel nicht mehr besteht, im Gegenteil Fett in großen Mengen angeboten wird. Schmalz und Speck ist fast überall mit 10 Mark das Pfund zu kaufen. Die durch das Milchamt der Stadt Berlin vertriebene Vollemargarine, die 10 Mark das Pfund kostet, ist von so guter Qualität, daß man diese gut an Stelle von Butter verwenden kann; je länger man das tut, um so eher wird auch der Butterpreis sinken.

Gründlich hereingefallen

Noch einmal der Fall Sporleder.

Eine böse Abfuhr holte sich die bürgerliche Vereinigung der Bezirksversammlung im dritten Verwaltungsbezirk in der letzten Sitzung. Aus Anlaß des plötzlichen Todes des Rektors Sporleder hatte die bürgerliche Presse eine infame Hetze gegen die Elternbeiräte unternommen und das Vorkommnis parteipolitisch auszunutzen versucht. Die bürgerliche Gruppe im dritten Verwaltungsbezirk machte sich durch einen Antrag zum Sprachrohr der Verunglimpfungen und forderte vom Minister für Volkswohlfahrt die Abgrenzung der Rechte der Elternbeiräte und die Fernhaltung der Politik von der Schule. Gegen die von dem Bezirksverordneten Cors vorgetragene Begründung ging der Redner unserer Fraktion, Genosse Fabiunke, mit aller sachlichen Schärfe vor. Er zeigte genau den Hergang der Sache und bewies, wie sehr sich der Begründer die Lokal-Anzeiger-Lügen zu eigen gemacht habe. Man wolle den verhaßten Elternbeiräten zu Leibe. Von wirklichen Rechten könne heute kaum noch die Rede sein, und wären die Motive der Antragsteller nicht so niedriger Natur, müßte man eine Erweiterung der Rechte der Elternbeiräte verlangen. So aber verdiene der Antrag keine sachliche Erledigung. Im Namen unserer Fraktion beantragte er Uebergang zur Tagesordnung. Dem schloß sich Dörr von den Kommunisten an. Frau Stadtverordnete Riediger (S. P. D.) geißelte noch die Heuchelei der Antragsteller über die Fernhaltung der Politik von der Schule. Selbst benutzen sie die Schule dauernd im nationalistischen Sinne und rufen nach dem Rezept „Haltet den Dieb!“, die lung nahm den Antrag unserer Fraktion an und beschloß damit die

Die erteilte Abfuhr war gründlich. Die Versammlung nahm den Antrag unserer Fraktio an und beschloß damit die schärfste Form der Ablehnung.

*

Einverstanden erklärte sich die Versammlung mit der vom Bezirksamt vorgeschlagenen Bezeichnung des Bezirkes als „Bezirk Wedding“ unter Fortfall der Zahl 3. Gegen die Nichtbestätigung der beiden Stadträte Blaschzik und Schmidt wendete sich der Genosse Bruno Krause. Er legte dar, daß die Nichtbestätigung unbegründet sei. Das Bestätigungsrecht führe zu Mißbräuchen und sei schädlich. Seine schleunige Aufhebung durch die gesetzgebenden Körperschaften sei zu fordern. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution wurde angenommen. Die Rechtssozialisten schwiegen zu dem Antrag, während die Kommunisten einige inhaltlose Worte sagten. Ihre Redner hatten überhaupt manches Kauderwelsch zusammengeredet, aus dem niemand recht klug wurde. Aber nachträglich kann man in der „Roten Fahne“ lesen, wunder welche Weisheit die kommunistischen Redner zum besten gegeben haben. Dabei spotten sie ihrer selbst, und wissen nicht wie.

Ein raffinierter Betrug

** Ein raffinierter Betrug zum Schaden des Metallarbeiter-Verbandes führte gestern die Frau Rosa Wichmann unter der Anklage der schweren Urkundenfälschung und des Betruges, ferner den Buchdruckereibesitzer Hermann Kannenberg und den Graveur Hans Steinlein unter der Anklage der Beihilfe vor die 2. Strafkammer des Landgerichts III. Der Ehemann der Angeklagten Wichmann war Hauskassierer des Metallarbeiterverbandes für den Bezirk 20. Eines Tages erschien die Angeklagte bei dem Angeklagten Steinlein und gab den Auftrag, nach einer mitgebrachten Probe eine Platte für den Druck von Beitragsmarken des Verbandes anzufertigen. Sie will dabei erzählt haben, daß ihr Ehemann bei einem Unfall auf der Straßenbahn 800 Stück solcher Beitragsmarken verloren habe, daß sie sich in Not befänden und es ihr darauf ankomme, sich möglichst schadlos zu halten. Der Angeklagte Steinlein führte den Auftrag auch bedenkenlos aus, bestritt aber entschieden, irgend welche Kenntnis von den unreellen Absichten der Frau gehabt zu haben. Den Druck der Marken in vier Farben führte der Angeklagte Kannenberg aus, der gleichfalls behauptet, nicht gewußt zu haben, zu welchem Zweck die Marken verwendet werden sollten. Aber auch er hat nicht weiter nach der Berechtigung der Frau zu einem solchen Auftrag und nach der Bedeutung des Ausdrucks „D. M. V.“ geforscht. Frau Wichmann ließ sich eine große Anzahl solcher Marken, auf verschiedene Beträge lautend, anfertigen und verkaufte, nachdem sie auch noch einen Gummistempel zur Abstempelung der Marken sich verschafft hatte, eine große Anzahl an Mitglieder des Verbandes auf eigene Rechnung und versuchte auch, einen schwungvollen Handel damit zu betreiben. Sie hat auf diese Weise die Verbandskasse um mehrere tausend Mark geschädigt. Sie war im vollen Umfange geständig und belastete die beiden Mitangeklagten, die jede Schuld bestritten und darauf verwiesen, daß sie ganz unbescholtene, sich eines guten Rufes erfreuende Geschäftsleute seien, gegen die die Beschuldigung einer schon dreimal wegen Diebstahls vorbestraften Frau unmöglich ausschlaggebend sein könne. Der Staatsanwalt hielt jedoch ihre Mittäterschaft für erwiesen und beantragte gegen sie je 2 Monate, gegen Frau Wichmann dagegen 6 Monate Gefängnis. Der Gerichtshof ging aber über den Antrag noch hinaus, indem er erwog, daß es sich hier um einen Verband von Arbeitern handelte, der durch einen so raffinierten Betrug unter Umständen in schwere Bedrängnis geraten konnte. Frau Wichmann wurde zu einem Jahr Gefängnis, die beiden Mitangeklagten zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt, den letzteren aber eine dreijährige Bewährungsfrist gewährt.

** **Der Gipfel der Frechheit.** Gestern morgen erschien auf der Baumschulenweg-Wache ein Mann, der sich als der 36 Jahre alte Kaufmann Wilhelm Heuer legitimierte und nach allerlei abenteuerlichen Erzählungen versuchte, die anwesenden Beamten anzuborgen. Diese waren aber nicht so vertrauensselig, hielten Heuer vielmehr fest und fragten im Polizeipräsidium Berlin an, ob dort Heuer bekannt sei. Zu ihrer Ueberraschung wurde ihnen umgehend mitgeteilt, daß Heuer von der Staatsanwaltschaft wegen Betruges steckbrieflich verfolgt werde. Der Ehrenmann wurde sogleich der Kriminalpolizei übergeben. Seine eigene Unverschämtheit hatte ihn um die Freiheit gebracht.

** **Nächtliche Vampyre.** Als in der vergangenen Nacht gegen 10½ Uhr eine Streife am Luisen-Ufer entlang ging, bemerkte sie an der Ecke der Urbanstraße zwei Männer, die am Erdboden knieten und einen dritten Mann ausplünderten. Sie waren so eifrig bei der Arbeit, daß sie die Beamten erst gewahrten, als diese neben ihnen standen. Sie wurden sistiert und der nächsten Wache zugeführt, wo sie als der 41 Jahre alte Tischler Paul M. und als der 47jährige Sattler Oskar B. festgestellt werden konnten. Der Beraubte war sinnlos betrunken.

Gefunden: Sonntagabend Strandpromenade Müggelsee-Friedrichshagen, Portemonnaie mit Inhalt gefunden. Abzuholen bei Riedel, Berlin, Fichtestr. 19.

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Aus dem Manuskript übertragen von Hermynia Zur Mühlen
Copyright by Der Malik-Verlag Berlin-Halensee 1921

(33. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Ein Spital für verkrüppelte Seelen!“ Peter war derart erschüttert, daß ihm nicht einmal die Nachricht, die Geschworenen hätten in erster Instanz die Angeklagten schuldig befunden, seine Lebensfreude zurückgeben konnte. Er teilte Mc Giveney mit, der Prozeß sei zu viel für seine Nerven gewesen, sie müßten jetzt etwas für ihn tun. Ein Automobil fuhr vor, und Peter wurde zur Erholung aufs Land gebracht.

Hammett, der ein vorzüglicher Schütze war, begleitete ihn, und Peter wich nicht von seiner Seite. Die Nacht verbrachte er wachend im zweiten Stock des Bauernhauses, fürchtend, einige der J. W. Ws. könnten seine Aussage, sie pflegten ihre Feinde in der Dunkelheit zu erschießen, allzu buchstäblich nehmen. Peter wußte genau, wie sehr sie ihn hassen mußten. Er hatte in der Zeitung gelesen, wie der Richter die Schuldigen vor sich gerufen, sie verurteilt und gezwungen hatte, eine donnernde Rede anzuhören, die in der Zeitung wiedergegeben war. Das Gesetz sah eine Strafe von einem bis zu vierzehn Jahren Gefängnis vor, der Richter verurteilte sechzehn der Angeklagten zu vierzehn Jahren und einen zu zehn Jahren, derart Gerechtigkeit durch Gnade mildernd.

Eines Tages sandte Mc Giveney ein Automobil, Peter wurde in Gusseys Bureau gebracht, ein neuer Plan wurde ihm vorgelegt. In der Nachbarstadt Eldorado waren weitere J. W. Ws. verhaftet worden, und Peter sollte dort seine Aussage wiederholen. Zufällig kannte er einen der Verhafteten; dies genügte, um seine Aussage erforderlich zu machen, er sollte die Geschichte der Brandlegung und der Bombenverschwörung von neuem anbringen. Er werde in Eldorado ebenso gut behütet werden, wie hier, ja vielleicht sogar noch besser; Gussey würde ihn seinem Freund Steve Ellman empfehlen, der für die große Geschäftsorganisation der Stadt als Detektiv arbeitet.

Peter zierte sich. Dies sei eine allzu harte und gefährliche Arbeit, ruiniere einem die Nerven. Es sei kein Vergnügen, den ganzen Tag in einem Hotelzimmer zu hocken, Zigaretten zu rauchen, darauf zu warten, daß die J. W. Ws. einen mit Bomben bewerfen. Auch sei es eine kurzfristige Arbeit, müßte besser bezahlt werden. Gussey erwiderte, darüber solle sich Peter keine Sorgen machen, wenn er gewillt sei, die Aussage zu wiederholen, könne er umsonst im Automobil von einem Ende des Landes zum anderen fahren, würde überall im Ueberfluß leben, von allen Zeitungen als Held gepriesen werden.

Doch zierte sich Peter noch immer. Durch die „Times“ hatte er erfahren, welch wertvoller Zeuge er sei, nun wagte er es sogar, von dem furchtbaren Gussey den ihm zukommenden Preis zu verlangen. Schließlich sagte Gussey, gut, wenn Peter nach Eldorado gehe, könne er fünfundsiebzig Dollars die Woche haben und alle Auslagen bezahlt bekommen. Außerdem garantiere Gussey, daß er mindestens sechs Monate lang für Peter Arbeit haben werde.

76.

So reiste denn Peter nach Eldorado und half elf Männer auf drei bis vierzehn Jahre ins Gefängnis werfen. Dann fuhr er nach Flagland, machte in drei verschiedenen Prozessen seine Aussage und heftete sieben weitere Skalpe an seinen Gürtel. Nun wußte er bereits, die Roten könnten ihm nichts anhaben, vermöchten bloß, ihm Gesichter zu schneiden, die Rattenzähne zu zeigen. Er lernte die Sache leichter nehmen, wagte bisweilen, ohne seine Leibgarde eine Abendunterhaltung zu besuchen. Befand er sich auf dem Lande, so machte er lange Spaziergänge, dachte gar nicht daran, daß ihm Tausende von blutdürstigen Roten auf der Spur waren.

Als Peter in Flagland war, wurde von Europa ein Zauberwort herübergefunkt. Die ganze Stadt war schier rasend vor Freude. Alle, Kinder und Greise, rannten auf der Straße umher, schwenkten Fahnen, trommelten auf Blechtrommeln, brüllten nach dem Siegfrieden. Da sich herausgestellt, die Zeitungen hätten das Publikum genarrt, wartete es drei Tage, führte dann wieder die gleiche Komödie auf. Peter empfand zuerst Beunruhigung, das Kommen des Friedens könne seiner unentwegten Rettung des Landes ein Ende bereiten, doch erkannte er gar bald, diese Sorge sei unnötig, die Roten würden nach wie vor verfolgt und vernichtet werden.

Während Peter in Flagland war, wurden etliche Razzias auf die Sozialisten unternommen, und Peter wurde von den Detektiven aufgefordert, der Unterhaltung beizuwohnen. Peter bewaffnete sich mit einem Revolver und half die sozialistischen Hauptquartiere stürmen. Der Krieg war vorüber, aber Peter empfand noch immer ebenso militärisch wie früher, besonders da es ihm gelang, den kleinen jüdischen Organisator der Lokalgruppe in eine Ecke hinter ein Pult zu drängen und ihn auf den Kopf zu schlagen. In diesem Augenblick wußte Peter ganz genau, wie es unseren Jungens in den Argonnen zumute gewesen war. Und als er die Freude kennen lernte, auf einer Schreibmaschine herumzutanzen, verstand er sogar die Hunnen.

Eine Anzahl Studenten, die sich mit Begeisterung an derartigen Vorgängen beteiligten, hatten sich den Detektiven angeschlossen. Da nun einmal ihr Blut in Wallung gebracht worden war, beschlossen sie, die ganze rote Bewegung vom Erdboden fortzufegen, stürmten die „Internationale Buchhandlung“, die von einem Hawaijaner geleitet wurde. Der Besitzer entfloh in die Küche des benachbarten chinesischen Restaurants, hüllte sich eilends in eine weiße Küchenschürze. Doch hatte noch nie jemand einen Chinesen mit einem schwarzen Schnurrbart gesehen, daher fielen die Angreifer über ihn her, schlugen ihn mit den Schüsseln auf den Kopf. Dann schleppten sie die Waren der „Internationalen Buchhandlung“ in den Hinterhof, errichteten damit einen Scheiterhaufen, entzündeten ihn. Detektive und Studenten reichten einander die Hände, reigten eine Art hawaijanischen Tanz um die brennenden Bücher.

Derart führte Peter einige Monate lang ein fröhliches Leben. Etliche seiner Reisen waren erfolglos, weil ein eigensinniger Richter nicht zugeben wollte, daß alles, was seit zehn Jahren von den J. W. Ws. gesagt oder getan worden war, als Beweis gegen bestimmte angeklagte J. W. Ws. gelten könne. Die meisten Richter jedoch waren gerne bereit, mit den großen Geschäftsleuten zusammenzuarbeiten und das Land von der roten Gefahr zu befreien. Peters Skalpe erreichten etwa die Zahl hundert, ehe der Tag kam, an dem ihm Gussey den letzten Scheck sandte und ihn entließ.

Dies ereignete sich in Richport, und Peter, in dessen Innentaschen über tausend Dollars staken, fühlte, nun habe er wahrlich ein angenehmes Leben verdient. Er schlenderte die „Frohe Weiße Straße“ entlang, vor einem Kino lächelte ihn ein goldhaariges Mädchen an. Dies war noch in den Tagen des drei- und vierprozentigen Bieres, und Peter lud das Mädchen in einen Biersalon ein, um dort ein Glas zu trinken. Da er erwachte, war es dunkel, der Kopf schmerzte ihn furchtbar. Er tastete um sich und entdeckte, er liege auf der Erde in einer dunklen Allee. Entsetzen preßte sein Herz zusammen, er griff nach seiner Innentasche und fand bloß schauerliche Leere. So war Peter wieder einmal ruiniert — und abermals durch eine Frau.

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftliches

„Gewerkschaften" in Rußland

Einen außerordentlich interessanten Bericht über russische Verhältnisse finden wir in der letzten Nummer des „Sozialist", dessen Lektüre wir übrigens allen Gewerkschaftern empfehlen können. Der Bericht stammt von dem spanischen Genossen De los Rios, einem Professor der Universität in Bilbao, der zusammen mit dem früheren Sekretär der Arbeiterpartei Spaniens, Genossen Anguiano, voriges Jahr nach Rußland delegiert wurde. Auf dem kürzlich in Madrid stattgefundenen Kongreß der sozialistischen Partei hat er seine Eindrücke in einem ebenso kurzen wie prägnanten Bericht niedergelegt. Wichtig ist, zu beachten, daß Anguiano, der als Bolschewist gilt und für die Annahme der Moskauer Punkte eintrat, diesem Bericht nicht nur zustimmte, sondern teilweise noch durch schärfere Urteile ergänzte! — Der Bericht orientiert zunächst allgemein, dann über das Polizeiregiment, über die Regelung der Ernährung, Gewerkschaften und Räte, Löhne und über die Produktion.

Es heißt dann: „In Moskau bestehen gewerkschaftliche und anarchistische Zirkel, indessen ist jede sich auf das öffentliche Leben beziehende Diskussion aufs strengste verboten. Eine **besondere Polizei** bewacht die Einhaltung des Verbotes. Wer dagegen verstößt, wird **verhaftet**. Die Abhaltung eines Kongresses der Gewerkschafter wurde durch die Polizei verhindert." Ueber die Gewerkschaften und Räte heißt es weiter:

„Was die Volksrechte angeht, so haben wir das Verschwinden der Fabrikräte festgestellt. Diese sind heute durch ein dreiköpfiges Komitee ersetzt. Die Arbeiter-Gewerkschaften dürfen für Verbesserungen nicht kämpfen. In der Organisation der Arbeit versehen die Gewerkschaften keinerlei Funktionen. **Streikbewegungen sind verboten.** In Moskau war ein Streik ausgebrochen. Sofort wurden gegen die Streikenden die stärksten Maßnahmen ergriffen: die Arbeiter wurden in die Betriebe zurückgeschickt unter Entzug der Lebensmittelrationen, welche der Staat an die Arbeitenden verteilte. Die Gewerkschaftsräte oder Komitees werden nicht gewählt, denn sie bestehen nur als kommunistische Zellen, aus denen alle entfernt werden, die nicht Kommunisten sind. Wer außer den Kommunisten Gewerkschaftsrat werden will, wird als **Gegenrevolutionär** bezeichnet und von der Polizei verhaftet."

Aber die „Aufnahme in die Gewerkschaften ist obligatorisch, obgleich diese nur reinen Verwaltungscharakter tragen und sich ausschließlich mit gegenseitiger Hilfe bei Krankheit und Arbeitslosigkeit befassen. Aus diesen Tatsachen heraus, muß man die revolutionären anti-bolschewistischen Bewegungen, die in Rußland ausbrechen, beurteilen und verstehen lernen." Es heißt weiter: **Um all diese Dinge „mit den kommunistischen Ideen in Einklang zu bringen, hat Lenin in den Formeln von Karl Marx gegraben!"**

Und der Schlußsatz lautet:

„Die Freiheitsbeschränkungen bewirken zusammen mit der unbeschränkten Herrschaft der Polizei das Gefühl, man lebe in einem Gefängnis. Anguiano hat selbst die Behauptung aufgestellt, und Anguiano kennt das Gefängnisleben, denn er hat es nach dem Streik von 1917 persönlich gelebt. So werden in Rußland 120 Millionen Einwohner von der Kommunistischen Partei regiert, die höchstens 600 000 Mitglieder zählt."

Dieser authentische Bericht, der von einem kommunistisch Orientierten noch die Zustimmung erhielt, sollte allen Gewerkschaftern zu denken geben und sie veranlassen, bei kommunistischen Vorstößen und Anträgen entsprechend zu reagieren.

Eine Festausgabe

Anläßlich seines ersten Verbandstages hat der Zentralverband der Angestellten eine hübsch aufgemachte Festschrift im Rahmen des „Der freie Angestellte" herausgebracht. Theodor Leipart, der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, würdigt die Zusammenarbeit der Arbeitergewerkschaften mit dem ZdA., der Vorsitzende des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, unser Genosse S. Aufhäuser, seine Stellung in der Angestelltenbewegung. Der Verbandsvorsitzende Karl Giebel gibt einen Rückblick und Ausblick, der Vorsitzende Urban eine Schilderung der Stellung des ZdA. in der Internationalen Gewerkschaftsbewegung. In einem Aufsatz „Wie wir wurden" wird kurz die Entstehung der Handlungsgehilfen- und Bureauangestelltengewerkschaft geschildert. Eine Statistik über die Zahl der weiblichen Mitglieder bildet den Abschluß der Festaufsätze der gut ausgestatteten Ausgabe. Sie gibt ein Bild des kraftvollen Wachstums der auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Angestelltengewerkschaft. Auch die vielen vom Zentralverband der Angestellten herausgegebenen Fachzeitschriften nehmen in Leitaufsätzen führender Personen zum Verbandstag Stellung.

Buchbinder

Der Aktionsausschuß der U. S. P. ersucht um Aufnahme folgender Zeilen:

In letzter Stunde versuchen die Bevollmächtigten Kasper und Rothe **den demagogischen Kniff anzuwenden**, daß sie erklären, sie hätten im Auftrage von U. S. P.-Fraktionsmitgliedern gehandelt, um unsere Anhänger zu beeinflussen für die Moskaubeschickung zu stimmen. Weiter wird versucht, die Mitglieder zu veranlassen, gegen die Beiratsbeschlüsse anzugehen, und in ganz unbegründeter Weise versucht man ferner die Mitglieder gegen Verbandsvorstand und alle anderen übergeordneten Instanzen aufzuhetzen. Wir stellen fest, daß **kein Mitglied der U. S. P.-Fraktion den obengenannten Kollegen den Auftrag gegeben hat, ein Flugblatt für Moskau herauszugeben.** Wir stellen weiter fest, daß die Beschlüsse des Beirates auch von den kommunistischen Beiratsmitgliedern anerkannt wurden, und wir erklären, daß kein Grund vorliegt, in Holzhackermanier gegen Verbandsvorstand und Beirat anzugehen und dadurch die Einheit und Geschlossenheit der Organisation zu gefährden. **Von unseren Anhängern verlangen wir, sich restlos an der Urabstimmung zu beteiligen und alle 3 Moskauer Anträge mit**

Nein

zu beantworten.

Monteure!

Die Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen teilt uns mit:

A. Elgström, Amsterdam, Groenenburgwall 41 (Werkstatt für graphische Maschinen und graphischen Bedarf) lockt dauernd deutsche Monteure an sich, die, einmal eingetroffen, zunächst kein Reisegeld vergütet erhalten. Nach kurzer Zeit sucht er sich ihrer ohne irgendwelche Gründe wieder zu entledigen, indem er sie bei der niederländischen Polizei als Bolschewisten denunziert, demzufolge die Leute mit größter Schnelligkeit aus dem Lande gebracht werden und keine Gelegenheit mehr erhalten, etwaige Ansprüche gegenüber Elgström geltend zu machen. An die 20 Deutsche (darunter auch Familienväter) sollen nacheinander Opfer dieser Handlungsweise Elgströms geworden sein. **Vor Annahme einer Anstellung bei ihm kann daher nur gewarnt werden.**

Tendenziöse Lügenberichte

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter schreibt uns:

Die bürgerliche Presse, besonders der „Lokal-Anzeiger", nehmen Veranlassung, in ihren Berichten über die gestrige Stadtverordneten-Versammlung, „Bewilligung der 10-Pf.-Zulage für die Arbeiter der technischen Betriebe", davon zu sprechen, daß der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung sich den neuesten Forderungen der städtischen Arbeiter gebeugt haben und daß damit eine erneute Belastung der Bevölkerung eintrat. Zur Steuer der Wahrheit bitten wir, festzustellen, daß es sich bei den Bewilligungen am Donnerstag-Abend nicht um neue Forderungen der städtischen Arbeiter handelt, sondern daß der Beschluß des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung eine Konsequenz der Annahme des Schiedsspruches vom 9. Februar war. Bei den Verhandlungen zwischen den Parteien hat der Vertreter des Magistrats unumwunden erklärt, daß die Entrüstung der Arbeiter verständlich sei, angesichts der Tatsache, daß durch eine irrige Auffassung des Magistrats die Angelegenheit seit Februar d. J. unerledigt blieb. Die Bestimmung, wonach für die strittigen Betriebe der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin eine Entscheidung herbeiführen soll, beruht auf einem früheren Spruch des Schlichtungsausschusses.

Sieg des Zentralverbandes der Angestellten

Der Zentralverband der Angestellten stellt bekanntlich die größte Organisation der bei den Behörden beschäftigten Angestellten dar. Ein neuer Beweis hierfür ist die vor kurzem erfolgte Wahl eines Zentralbetriebsrates für den Bereich des Reichsministeriums für Wiederaufbau. Es erhielten Liste 3 **Zentralverband der Angestellten 2278 Stimmen = 6 Beisitzer;** Liste 2 Deutschn. Handlungsgehilfenverb. 882 Stimmen = 2 Beisitzer; Liste 1 Gewerkschaftsbund der Angestellten 661 Stimmen = 1 Beisitzer.

Zurzeit bestehen Zentralbetriebsräte für die Reichsbekleidungsämter, das Reichspostministerium, das Versorgungswesen und das Reichsministerium für Wiederaufbau. In allen diesen Zentralbetriebsräten ist der Zentralverband der Angestellten jetzt mit 13 Beisitzern vertreten, während es der Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände, dem der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband angeschlossen ist, auf 3 und der Gewerkschaftsbund der Angestellten auf 2 Beisitzer gebracht haben. Es ist dies gewiß ein Beweis dafür, daß die gewerkschaftliche Organisation der Angestellten bei Behörden machtvoll fortschreitet und daß die Angestellten bei Behörden erkannt haben, wer ihre Interessen wirklich vertritt.

Verbindlich erklärter Tarifvertrag. Der am 23. Februar 1921 abgeschlossene Nachtrag zu dem allgemein verbindlichen Tarifvertrag vom 20. September 1920 zur Regelung der Gehaltsbedingungen der kaufmännischen Angestellten der Kurz-, Galanterie- und Spielwaren-Branche ist vom Reichsarbeitsminister für das Gebiet der Einheitsgemeinde Berlin mit Wirkung ab 1. März 1921 für allgemein verbindlich erklärt worden. — Gedruckte Tarifverträge sind im Bureau des Zentralverbandes der Angestellten, Berlin, Belle-Alliance-Str. Nr. 7-10 erhältlich.

Arbeitersport

Freie Schwimmer Charlottenburg werden nach der Demonstration der Arbeitersportler beim Dunkelwerden für die Lazarettinsassen des Charlottenburger Schloßlazaretts in der Nähe der Charlottenburger Schloßbrücke einen Lampionreigen schwimmen. Treffpunkt der Schwimmer zum Stadion, ½1 Uhr, Bahnhof Witzleben.

Parteiveranstaltungen

18. Distrikt. Arbeitslose Genossen, die Anspruch auf freie Lieferung der „Freiheit" erheben, haben sich bis zum 30. Mai beim Genossen Kuk, Schönholzer Str. Nr. 15, zu melden.

Arbeiter-Bildungsschule. Die Fortsetzung des Kursus des Genossen Löwenstein über: „Praktische Schulfragen" findet Sonntag vormittag in der Gartenarbeitsschule in Neukölln statt, mit anschließender Besichtigung der Schule. Treffpunkt Sonntag vormittag pünktlich an der Haltestelle der Stadtbahn vor dem Schiffahrtskanal. Zu erreichen mit der Stadtbahn Linie 47 und 48.

Sonnabend, 28. Mai

Schöneberg-Friedenau. Bezirk 11. 6½ Uhr Fraktionssitzung mit der kommunalen Kommission, im neuen Rathaus, Zimmer 143. Es steht auf der Tagesordnung die Schlußstatistikberatung, und wir bitten um vollzähliges Erscheinen.

Spandau. Abends 8 Uhr Vorstandssitzung bei Kohlschmidt, Kallendorfer Str. 87.

Sonntag, 29. Mai

12. Verwaltungsbezirk (Steglitz, Lankwitz, Lichterfelde). Morgens 9 Uhr im Rathaus Steglitz, Vollversammlung der kommunalen Kommission, Bezirksverordneten, Vertreter der Elternbeiräte und der kommunalen Betriebsräte. Tagesordnung: Beratung des Etats.

13. Verwaltungsbezirk, Abt. Ohlershof. Die Genossen werden ersucht, sich mit ihrer Familie am Sportfest in Oberspree zu beteiligen. Treffpunkt 1 Uhr am Marktplatz.

Vereinskalender

Sonnabend, 28. Mai

Freie Lehrergewerkschaft. Abends 7 Uhr Hinter der Garnisonkirche, Wahlvorbereitung zur Lehrerkammer. Verteilung des gesamten gedruckten Materials. Alle Wahlhelfer und Obleute der Bezirke müssen auf jeden Fall zur Stelle sein.

Verantwortlich: für Politik u. Feuilleton: Leo Liebschütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales u. Gewerkschaftl.: Gerhart Seger, Berlin; für den Inseratenteil u. geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kometzer, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Str. 8-9.

Zur politischen Lage — Jetzt aktuell
Karl Kautsky
Wie der Weltkrieg entstand
Preis 6.— Mark
Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2
Breite Straße 8-9
Auch in allen Filialen erhältlich

Zigarettengroßhandlung
Bek. Marken f. Wiederverkäuf.
Dessen, Alexanderplatz 2, 1 Tr.

Pistolen
kauft zu höchsten Preisen
Kirstein, Linienstr. 50

Alt-Metalle
silb. Kupfer, Messing, Blei, Zink, Zn, Zinn, hohe Preise
1, Borsigstrasse 1.

Altmetalle
Kupfer, Messing
Blei, Zink usw.
Badstr. 34, im Hof

Bilder, Kunstblätter, Wandschmuck mit und ohne Rahmen kauft man in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8/9.

Demnächst erscheint! — Demnächst erscheint!
Russische Korrespondenz
Nummer 5
Inhalt: N. Lenin: Die Vorbedingungen und die Bedeutung der neuen Politik Sowjet-Rußlands (Ueber die Naturalsteuer). / Ueber die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften (Reden von G. Sinowjew, L. Trotzki und A. Schlapnikow auf dem X. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands, Moskau, März 1921). / N. Lenin: Ueber die Einheit der Partei (Rede auf dem X. Kongreß der R. P. R.). / N. Bucharin: Ueber den Parteiaufbau (Rede auf dem X. Kongreß der R. P. R.). / L. Krigmann: Aufbau der wirtschaftlichen Organisationen in Sowjet-Rußland. / E. Varga: Die neue Wirtschaftspolitik Sowjet-Rußlands. / Lenins Rede auf der Allrussischen Konferenz der Transportarbeiter. / Der englisch-russische Handelsvertrag. / Vertrag zwischen Rußland und Persien. / Vertrag zwischen Rußland und der Türkei. / Friedensvertrag zwischen Rußland, der Ukraine und Polen. / J. Rappoport: Die Wirtschaft Turkestans im Jahre 1920. / A. Goltzmann: Das Problem des Arbeitslohnes.
128 Seiten — Preis Mark 5.— — 128 Seiten
Zu beziehen durch Frankes Verlag G. m. b. H., Leipzig

Verzeichnis der „Freiheit"-Speditionen

Zentrum: Hauptexpedition, Breite Str. 8-9
Norden: Franke, Genter Str. 34; Fritz Gliesche, Paukstr. 60; Lachmann, Stargarder Str. 13; Lohmann, Hussitenstr. 43; Wuzky, Johannisstr. 9
Nordwesten: Franzen, Wittstocker Str. 19; Lübecker Str. 16
Nordosten: Werner, Greifswalder Str. 29; Wuzki, Choriner Str. 68
Osten: Wengels, Cadiner Str. 11; Kolbe, Weberstr. 25
Südosten: Sinner, Skalitzer Str. 101
Westen: Marie Döring, Steinmetzstr. 23
Süden: Jordan, Rest., Dresdener Straße 24; Krüger, Wassertorstr. 41 (Keller); Schäfer, Gneisenaustr. 70
Adlershof: Hädike, Kleingartenweg 8
Alt-Glienicke: Frau Krüger, Rudower Str. 72
Baumschulenweg: Hoffmann, Schraderstr. 11
Bernau: Brose, Mühlenstr. 7
Biesdorf: Bänsch, Marzahner Str. 26
Blankenburg-Buchholz: Z.-Z.
Bohnsdorf-Grünau: Priebke, Paradiesstr. 12
Borsigwalde: Gebauer, Schubertstr. 32
Britz: Mittag, Chausseestr. 82
Bruchmühle, Kr. Niederbarnim: F. Preuß, Buchholzer Str. 52
Charlottenburg: F. Sternkiker, Königin-Elisabeth-Str. 6b; Köhnke, Wallstr. 90
Eberswalde i. M.: May, Eichwerder Str. 18
Eichwalde: Käthner, Bahnhofstr. 89
Erkner: Warzelhan, Mittelstr. 20
Falkenberg: aufgehoben
Fichtenau bei Rahnsdorf: Kräske, Waldstraße 28, Z.-Z.
Frederodorf: Rechenberg, Lange Str. 15
Friedenau: Petermann, Rheinstr. 28, Ecke Rönnebergstraße
Friedrichsfelde: Furmanski, Viktoriastr. 1
Friedrichshagen: Z.-Z., Kurze Str. 1
Grünau-Falkenberg: Schedone, Köpenicker Str. 92
Heinersdorf: Wisniewski, Kaiser-Wilhelm-Str. 9
Hennigsdorf: Korbasinski, Rathenaustr. 3
Hermsdorf: Sorauer, Kastanienallee 2
Herzfelde: M. Smolibocki, Hauptstr. 75
Hohenneuendorf: Müller, Schönfließer Str. 5
Hohenschönhausen: nach Sped. Weißensee, Langhansstraße, Z.-Z.
Johannisthal: Kieper, Friedrichstr. 38
Kalkberge: aufgehoben, siehe Tasdorf
Karlshorst: Lohrmann, Dönhoffstr. 34
Kaulsdorf: Scholz, Doßstr. 8
Königswusterhausen: Söhring, Schwartzkopfstr. 98, siehe Wildau
Köpenick: Z.-Z., Schlag, Kietzer Str. 6
Lichtenberg: Reisewitz, Tasdorfer Str. 25; Paul Schulze, Eitelstr. 30; Stimming, Weichselstraße 28
Lichtenrade: Z.-Z., Viktoriastr. 3
Lichterfelde: Z.-Z., Kaiser-Wilhelmstr. 3
Lichterfelde-Ost: Z.-Z., Hindenburgdamm 85
Mahlsdorf: Mertens, Wilhelmstr. 1
Mariendorf: Z.-Z., Chausseestr. 29.
Marienfelde: Greulich, Kirchstr. 27
Mittenwalde b. Berlin: Kalinowski, Salzmarkt 9
Neuenhagen: Z.-Z., R. Wentzke, Ziegelstraße
Neukölln: Krüger, Emser Str. 32; Wiese, Neckarstr. 3
Niederschöneweide: Gronius, Fließstr. 23
Niederschönhausen: Seeger, Eichenstr. 65
Nowawes: Tauschel, Kirchstr. 8
Oberschöneweide: Kaul, Bismarckstr. 26
Oranienburg: Krause, Fischerstr. 6
Pankow: Spiekermann, Mühlenstr. 20
Potsdam: Staab, Schwertfegerstr. 2
Rahnsdorf: Fribeß, Seestr. 59
Reinickendorf-Ost: Hecht, Residenzstr. 126
Reinickendorf-West: Hahne, Schillingstr. 20
Rosenthal: Elise Belz, Niederstr. 3
Schmargendorf: Nehab, Breite Str. 3
Schöneberg: Z.-Z., Belzigerstr. 2
Siemensstadt: Z.-Z., Nonnendamm 22a
Spandau: Z.-Z., Lindenufer 34
Staaken: Z.-Z., Kuserau, Scheidstr. 12
Stralau: Senne, Laskerstr. 2
Steglitz: Bernsee, Mommsenstr. 59
Südende: Zwintschert, Brandenburgerstr. 7
Tasdorf: Schuckar, Chausseestraße 4a
Tegel: Eicke, Brunowstr. 46
Teltow: Häfel, Rühlsdorferstr. 37
Tempelhof: Z.-Z., Kaiser-Wilhelm-Str. 13
Treptow: Weiß, Kiefholzstraße 18b
Velten: Molke, Luisenstr. 40
Waidmannslust: Ernst Eng, Platanenstr. 12
Weißensee: H. Luck, Langhansstr. 119
Wildau: Söhring, Schwartzkopfstraße 98
Wilhelmshagen: Kohlhagen, Moltkestr. 24
Wilmersdorf: Z.-Z., Neßler, Holsteinischestr. 19
Wittenau: E. Holz, Oranienburger Str. 82
Zehlendorf: Z.-Z., Wegener, Annastr. 10
Zeuthen: Behling, Bahnstr. 2

Bezugspreis für die „Freiheit" bei täglich zweimaligem Erscheinen Mk. 10.— frei Haus, durch die Post bezogen Mk. 10.—, per Streifband für Deutschland und Oesterreich Mk. 18.—, für das übrige Ausland Mk. 24,50, per Brief bezogen für Deutschland und Oesterreich Mk. 35.—.

Wir bitten, dieses Verzeichnis aufzubewahren und die in demselben angeführten Speditionen bei Bestellungen der „Freiheit", bei Aufgaben von Anzeigen und bei Bücherbestellungen in Anspruch zu nehmen.
Beschwerden jeder Art sind an den Verlag direkt oder an die zuständige Spedition zu richten.
Der Verlag.

Verlag der „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9